

# Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16 b.  
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der fechsgespaltenen Kolonialzeile 1 Mark.  
Geschäftsinsolvenz sind keine Aufnahme.

In einer Aufl. von  
**375 200**  
EXEMPLAREN

erscheint diese Ztg.

## Arbeitszeitreduktion in Krisenzeiten.

Aus Essen kam die Nachricht, daß auf dem Krupp'schen Werke Arbeiter entlassen worden sind, weil eine erwartete Kanonenbestellung ausgeblieben sei. Die bürgerliche Presse brachte die Kunde, ohne irgend eine Bemerkung daran zu knüpfen, wie sie es in gleicher Weise auch mit anderen Neuigkeiten hält. Die Nachricht regt aber zu manigfachen Betrachtungen an, sie wirft wieder einmal die Frage nach dem Pflichtbewußtsein der Unternehmer auf. Als die Erbin des Krupp'schen Riesenunternehmens, Berta Krupp, Hochzeit hatte, feierte sie den anwesende Kaiser den Arbeitern gegenüber als ihre gute Fee, die sie nicht genug schätzen und verehren können. Das Krupp'sche Unternehmen ist seither in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, aber die Hauptaktionärin ist Berta Krupp, verheiratete Frau v. Böhmen. Wir wissen wohl, daß nach Lage der Dinge die junge Frau zu dem Riesengeschäft wenig zu sagen hat und auch wenig sagen wird, denn sie dürfte dem technischen Teile desselben genau so fremd gegenüberstehen wie dem kaufmännischen, ist doch dafür ein Heer von Beamten da und hat sich doch darum selbst ihr verantwortbarer Vater wenig oder nichts mehr getümmt. Aber unmöglich ist es nicht, daß der und andere von den entlassenen Arbeitern einen Augenblick an die gütige Fee Berta v. Böhmen-Krupp dachte und sich fragte, ob sie wohl zu seinen Gunsten eingreisen und ihm die Existenz erhalten wird? War diese Hoffnung vorhanden, so ist sie nicht in Erfüllung gegangen, denn die geschäftige bürgerliche Presse hat derartiges aus dem Königreich Krupp nicht berichtet.

Krat ist aber jedenfalls, daß in den Krupp'schen Riesenwerken mit ihren circa 66 000 Arbeitern, wobei einige Tausend mehr oder weniger kaum eine Rolle spielen, Raum genug noch für die Entlassungen gewesen wäre. Im schlimmsten Falle könnte die Arbeitszeit im allgemeinen oder nur in der einen oder anderen Abteilung oder Betriebsanlage entsprechend dem vorhandenen Auftragsbestand reduziert, alle Arbeiter unter gleichen Verhältnissen weiterbeschäftigt und von Entlassungen abgesiehten werden. Ober wollte die Krupp'sche Werksleitung planmäßig und zielbewußt eine Vermehrung der Reservearme herbeiführen?

Sei dem, wie immer, der Fall zeigt aufs neue in fresser Form, wie die Existenz des Arbeiters jeder Sicherheit und Garantie entbehrt, völlig der Willkür des Unternehmers anheimgestellt und so der bloße Spielball von Launen, Spekulationen und Zwischenfällen ist. Die Unsicherheit seiner Existenz ist das Damoklesschwert, das stets drohend über dem Haupte des Arbeiters schwert und das ihn nie seines Lebens froh werden ließe, wenn nicht die heitere, lebensvolle Menschen-natur sich, man möchte fast sagen leichtfertig, darüber hinwegsetzen würde. Über die Unsicherheit der Existenz der Millionen Arbeiter und Arbeitersfamilien ist der Fluch der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der sich in seiner ganzen Schwere sofort fühlt macht, sobald ein Wechsel der Konjunktur eintrete und die Prosperität durch die Krise abgelöst wird, eine Wandlung, an deren Beginn wir heute offenbar stehen.

Darum haben die Arbeitserlassungen in Essen eine weit über den Einzelfall hinausreichende Bedeutung und darum möchten wir beizitzen auf die Pflichten der Unternehmer den Arbeitern und dem Gemeinwohl gegenüber aufmerksam machen. Indem die Unternehmer als die Privatbesitzer der Produktionsmittel die Träger, Nutznießer und Verteidiger der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und ihre ganze Politik stets darauf gerichtet ist, eine große Menge beschäftigten Volkes als Lohnarbeiter zur Verfügung zu haben, andererseits jeder sozialen Fürsorge durch den Staat, zum Beispiel der Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung, der staatlichen Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung u. s. w. feindlich gegenüberstehen, haben sie die Verpflichtung, für das arbeitende Volk in allen Verhältnissen zu sorgen. Aus dieser geradezu staatsverhaltenden Pflicht erwächst den Unternehmern zunächst die Aufgabe, bei Abschaffung des Geschäftes keine Arbeitserlassungen vorzunehmen, sondern alle Arbeiter unter gleichen Bedingungen weiterarbeiten zu lassen, um ihnen auch fernerhin Existenz zu bieten. Es sollte also die Arbeitszeit verkürzt werden auf acht und noch weniger Stunden, auf halbe Tage oder nur bestimmte Tage in der Woche. Das ist in der letzten Krise von 1900 bis 1904 in vielen Betrieben geschehen, wodurch bewiesen wurde, daß die Unternehmer bei gutem Willen den Arbeitern auch während der Krise Arbeit und Verdienst, wenn auch in verminderter Maße, gewähren können. Diese Praxis liegt gleichzeitig im Interesse der Unternehmer selbst, denn da bisher immer auf die Krise die Prosperität folgte, erhalten sie sich für die spätere, bessere Zeit ihre tüchtigen und bewährten Arbeitkräfte. Sie bringen damit also gar kein Opfer, sondern währen nur mit weitsichtigen Verständnis ihre eigenen Interessen und befolgen so eine Arbeitserfreundlichkeit, die für sie ebenso billig als vorteilhaft ist.

Die Vermeidung von Arbeitserlassungen durch die Unternehmer sollte auch in Rücksicht auf die Gemeinden erfolgen. Zahlreiche große und kleine Gemeinden sind heute mit ihrem ganzen Sein auf die Aufrechterhaltung der Industrie gestellt. Die Steuern der Arbeiter und Unternehmer bilden ihre Hauptrinnahmen und auch die des sogenannten Mittelstandes können nur erhoben werden, wenn er mit den Arbeitern Geschäfte machen kann. In Zeiten der Krise leiden neben und mit den Arbeitern auch die Handwerkmeister, Kaufleute, Witte &c. not und die Steuereinnahmen der Gemeinde vermindern sich, selbstverständlich auch die des Staates. Der Verminderung der Einnahmen stehen aber auf der anderen Seite Mehrausgaben an Armen- oder Arbeitslosenunterstützung an die beschäftigungsfreien Arbeiter gegenüber.

Bei der Rückständigkeit der so maßlos gelobten deutschen Sozialgesetzgebung fehlen alle Bestimmungen und Vorschriften für die Unternehmer über die Fürsorge für ihre Arbeiter in bezug auf die Aufrechterhaltung und Sicherung ihrer Existenz, es gibt ja kein Recht auf Arbeit, das nur willkürlich und tendenziös als Mittel des kapitalistischen Klassenkampfes den Streikbrechern zuerkannt wird. Es gibt für die Arbeiterklasse kein Recht auf Arbeit gegenüber den privaten Unternehmern und auch nicht gegenüber dem Staat oder der Gemeinde. Es gibt nur ein Recht auf Almosen, mit dem der Verlust der politischen Rechte, also das Holotomie verbunden ist. Angesichts des mit der Naturnotwendigkeit des Wechsels von Tag und Nacht mit der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung verbundenen Wechsels von Prosperität und Krise, den nicht die Arbeiter verschulden, sondern das wechselnde Verwertungsbedürfnis des Kapitals und mit dem in letzterem Falle immer wieder Geschäftsstofung, Betriebsseinschränkung, Banferotte, ganze oder teilweise Arbeitslosigkeit verknüpft sind, hätte eine ernste Sozialpolitik schon längst Einrichtungen schaffen müssen, die die Existenz der Millionen Arbeiter sicherstellen. Aber da gilt noch immer die Metternichsche Regierungsmagie: „Nach uns die Sintflut!“ Die Unternehmer setzen während der guten Zeit ungezählte Millionen an Gewinnen ein, der Reichtum der bestehenden Klassen, der fälschlich auch „Nationalreichtum“ genannt wird, steigt um Milliarden, aber das millionenförmige Arbeiterheer ist am Ende der Prosperität genau so besitzlos, wie es an ihrem Anfang war. Dann soll es aber die Krise trotzdem ebenso bestehen und überdauern, wie das im Golde schimmende Unternehmertum und alles, was von den bestehenden Klassen noch dran und dran hängt.

Das Kapitel der Fürsorge der Unternehmer für die Arbeiter in Zeiten der Krise wäre auch für die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung ein ebenso interessantes als dankbares Leitartikelthema. Sie redet das ganze Jahr hindurch nur von den Pflichten der Arbeiter, denen sie aber keinerlei Rechte zugeschrieben will, ja auch nicht in der Frage der Reform des elenden preußischen Dreiklassenwahlrechtes, während sie auf der anderen Seite nur immer die „großen sozialpolitischen Opfer“ und die Rechte, das heißt Privilegien der Unternehmer wie der bestehenden Klassen im allgemeinen betont. Jetzt, am Beginn der Krise, wäre es ihre Pflicht, die Unternehmer an ihre Pflichten gegen die Arbeiter zu erinnern, nachdem sie sich in der guten Zeit an den Früchten ihrer Arbeit unermüdet bereichert haben. Dazu wird sich aber das Reiswihlblatt nicht ausschwingen, dagegen eilen neuen Gesetzen gegen die moderne Arbeiterbewegung bringen.

Rechnen wir zu den Krupp'schen Arbeitserlassungen zurück, so möchten wir nicht unterlassen, hervorzuheben, wie sie auch wieder eine treffliche Illustration der „berühmten“ Krupp'schen Wohlfahrtseinrichtungen sind. Was haben die Entlassenen von diesen, was nützen sie ihnen? Sind ihnen ihre Zwangsbeiträge an die Krupp'sche Zwangspensionskasse wieder zurückbezahlt worden, nachdem sie fürtzlich ein Gewerbegericht als einen Vertrieb gegen die guten Sitten, gegen Treu und Glauben erklärte? Gewiß nicht, sie wurden auf die Straße geworfen und können gehen, den Staub des Königreichs Krupp von ihren Schuhen schütteln.

In allen zufünftigen Fällen aber mögen unsere Kollegen von den Unternehmern die Unterlassung von Arbeitserlassungen und die Regulierung der Betriebsverhältnisse durch entsprechende Reduktion der Arbeitszeit verlangen.

## Die staatliche Arbeitslosenversicherung in der Schweiz.

In der Schweiz beschäftigt man sich seit Jahren, und zwar auf Veranlassung von sozialdemokratischer Seite hin, mit der Frage der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge, und eine bezügliche Schrift, die vor mehreren Jahren Arbeitsssekretär Genosse Greulich veröffentlichte, gehört zum besten dieser Literatur. Greulich stellt für diesen Zweig der Sozialpolitik ein ganzes Programm auf, aus dem mit folgendes hervorheben. Der Bundesrat soll an die Kantone und Gemeinden die Einladung richten, niedergelassene Arbeiter, die durch Arbeitslosigkeit ohne großes Selbstverschulden in Not geraten sind und denen nicht ihre Fähigkeiten und Kräfte entsprechende Arbeit angewiesen werden kann, in zweckmäßiger Weise zu unterstützen. Diese vorübergehende Notstandsunterstützung soll nicht als Almosengenosigkeit gelten, sie soll gleichgestellt sein der Unterstützung von Landwirten bei Elementarschäden. Niedergelassene verhältnisse Ausländer sind gleich wie die Schweizerbürger zu unterstützen. Wanderarbeiter sind von der Unterstützung ausgeschlossen. Der Bund sichert unter näher festzulegenden Bedingungen eine Subvention an die aus dieser Unterstützung erwarteten Ausgaben zu.

Sodann soll der Bund (das Reich) an Gewerkschaftsverbände, die behufs Einführung der Arbeitslosenversicherung ihre Mitgliederbeiträge um 10 Rappen (8 Pf.) pro Woche oder mindestens 40 Rappen pro Monat erhöhen, einen Beitrag an den Gründungsfonds von 2 Franken pro Mitglied leisten, zahlbar, nachdem die erhöhten Beiträge ein halbes Jahr lang von den Mitgliedern bezahlt wurden. Die Verbände haben sowohl ihre Unterstützungsverschriften als auch alljährlich die Rechnungen mit den Belegen für die ausbezahlten Unterstützungen an Arbeitslose dem zuständigen Departement einzurichten. Nach deren Gutheizung erhalten sie einen Bundesbeitrag, der der Hälfte der ausbezahlten Unterstützungen entspricht.

Demnach soll der Bund an die Gemeinden, welche die obligatorische Arbeitslosenversicherung einführen, einen Beitrag unter folgenden Bedingungen leisten: 1. Die versicherten Arbeiter leisten ungefähr 60 Prozent der aufzubringenden Beiträge, die Guteilung in Klassen ist Sache der betreffenden Gemeinde. 2. An dem Reste

der aufzubringenden Beiträge leistet der Bund ein Drittel, sofern die Gemeinde und der Kanton auch ein Drittel beitragen. 3. Die Gewerbeinhaber werden nur zu einer entsprechenden Beitragsleistung für Wanderarbeiter herangezogen. 4. Die versicherten Arbeiter wirken an der Verwaltung durch Vertreter mit, deren Zahl dem Verhältnis ihrer Beitragsleistung entspricht. 5. Die Statuten und Versicherungsbedingungen sind dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen.

Das wesentliche dieser programmativen Sätze ist einmal der Anspruch auf die Unterstützung der Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen Mitteln — der Gemeinde, des Kantons und des Bundes — und sodann die Organisation der Arbeitslosenversicherung selbst in den beiden Formen der kommunalen und der gewerkschaftlichen Versicherung, die aber beide schon längst aus der Theorie in die Praxis umgesetzt wurden. So besteht in der Stadt Bern seit 1893 eine städtische facultative Arbeitslosenversicherung, die mit 354 Mitgliedern begann, von Jahr zu Jahr große Schwankungen in der Mitgliederzahl erfuhr, im Jahre 1902 das Maximum von 719 Mitgliedern erreichte und am Anfang 1907 deren 571 zählte. Die Kasse zahlt nur während der Wintermonate Unterstützung, die so ziemlich regelmäßiger die Hälfte der Mitglieder in Anspruch nehmen. Die Stadt Bern steigerte ihren Jahresbeitrag von 4735 Franken in 1903/04 allmählich auf 12 000 Franken, der seit 1899 entrichtet wird.

Der Kanton St. Gallen hat seit 1894 ein Gesetz, das den Gemeinden die Kompetenz zur Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung gewährt und ihnen hierfür Staatsbeiträge in Aussicht stellt. Davon hat bis jetzt einzige die Stadt St. Gallen Gebrauch gemacht, aber der Versuch endete mit einem Fiasko, nachdem das Experiment zwei Jahre gedauert hatte. Der Versuch scheiterte an dem Obligatorium der Kasse und an dessen Ausdehnung auf Kreise, wie die Kaufleute, die wenig der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, jedenfalls weniger als die Bauarbeiter, und die daher nur mit Widerwillen der Kasse angehören und ihre Beiträge entrichteten. Diese Haltung war gewiß unsolidarisch, aber sie war nur einmal da, und so benützten die Kaufleute und andere Unzufriedene mit ihnen die erzielbare Gelegenheit, um in der Gemeindeversammlung mit Mehrheit die Auflösung der Kasse zu beschließen. Seitdem steht das Gesetz nur noch auf dem Papier. Was in dieser Beziehung der Kanton St. Gallen jetzt leistet, besteht in einem Jahresbeitrag an die Arbeitslosenkasse der Typographia, der zum ersten Male im Jahre 1905 in der Höhe von 54 Prozent entrichtet wurde.

In Zürich, Winterthur und anderen Orten bestehen städtische Arbeitslosenkommissionen, denen auch Vertreter der Arbeiter angehören und die mit städtischen Mitteln die Arbeitslosenfürsorge in Form von Arbeitszuweisung oder Unterstützung in Naturalien regeln.

In Basel besteht ebenfalls eine solche Kommission, daneben aber auch noch eine besondere Arbeitslosenlasse des Arbeiterbundes (ähnlich dem deutschen Gewerkschaftsbund). Letztere wird vom Staafe unterstützt und sie erhält in den sechs Jahren 1901 bis 1906 im gesamt 10 000 Franken. Außerdem wurde auch die dortige Typographia in den drei Jahren 1903 bis 1906 mit zusammen 1400 Franken unterstützt. Die Arbeitslosenkommission besteht als ständige Einrichtung seit 1902, und unter ihren 21 Mitgliedern sind auch mehrere Arbeiterveteranen. Sie hatte in den seither verfloßenen sechs Jahren 5253 angemeldete Arbeitslose zu verzeichnen, für deren Unterstützung 150 192 Franken aufgewendet wurden, davon 114 174 Franken aus öffentlichen Mitteln, während 36 014 Franken Private beisteuerten. Die mit jogenannten Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter erhielten 215 000 Franken an Arbeitslöhnen.

Die Errichtung der ständigen Arbeitslosenkommission in Basel war eine Art Notlösung, nachdem die Einführung der staatlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung in der Volksabstimmung vom Februar 1900 mit 5458 gegen 1120 Stimmen verloren worden war. Abneigung gegen den Gedanken der Arbeitslosenversicherung überhaupt, aber mehr noch gegen den Versicherungszwang mit der Beitragspflicht von Arbeiter und Unternehmer hatten wohl die Verwerfung herbeigeführt.

Nun hat fürtzlich die Basler Regierung dem Grossen Rat (kantonalen Parlament) abermals einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einführung der Arbeitslosenversicherung in der Volksabstimmung vom Februar 1900 mit 5458 gegen 1120 Stimmen verloren worden war. Abneigung gegen den Gedanken der Arbeitslosenversicherung überwog, aber mehr noch gegen den Versicherungszwang mit der Beitragspflicht von Arbeiter und Unternehmer hatten wohl die Verwerfung herbeigeführt.

Die Regierung hat aber gleichzeitig dem Grossen Rat noch einen zweiten Gesetzentwurf vorgelegt, der die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen Mitteln betrifft.

Beide Gesetzentwürfe tragen den historisch gewordenen, den befreitenden praktischen Verhältnissen in Basel mit anerkennenswerter Anpassungsfähigkeit Rechnung, berücksichtigen die gemachten reichen Erfahrungen und decken sich in der Hauptsache auch mit den einleitend angeführten Forderungen Greulichs.

Der Gesetzentwurf betrifft die Errichtung einer staatlichen Versicherungsanstalt für Arbeitslose umfaßt 19 Paragraphen und bestimmt im wesentlichen folgendes: Jede unabhängig erwerbende Person, die nicht schon Mitglied einer vom Staafe subventionierten privaten Arbeitslosenkasse, wenigstens 17 und nicht über 60 Jahre alt ist, kann Mitglied werden, wenn sie seit wenigstens drei Monaten im Kanton Basel arbeitet oder seit mindestens einem Jahre wohnt, also außerhalb des Kantongebiets arbeitet. Aufgezögten kann ein Mitglied werden wegen Nichterfüllung obliegender Pflichten, wegen wissenschaftlich falscher Angaben oder anderweitiger Schädigung der Anstalt. Die Verwaltung derselben wird unter der Leitung einer Verwaltungskommission von einem besondern Verwalter oder dem öffentlichen Arbeitsnachschreibbüro besorgt. Die Kommission wird auf eine dreijährige Amtszeit gewählt, und zwar wählt die Regierung 5 Mitglieder und den Präsidenten, während die übrigen 5 Mitglieder sowie 3 Ersatzmitglieder von den Verschäften



einem Schlauch, ein großer tiefer Abzugskanal rings um den Arbeitsraum laufend, Streuen nassen Sägespäne aus den Fußböden, Maßnahmen der Arbeitssicherheit, die mit Bleiplatten überzogen sind — diese hygienischen Einrichtungen und ihre vernünftige Benützung durch die Arbeiter vermochten mit Erfolg Bleivergiftungen zu bekämpfen. Man suchte eine solche Fabrik in Deutschland. —

Eine Umfrage über die Gesundheitsverhältnisse der Metallschleifer, ausgehend von der hessischen Gewerbeinspektion, hat ergeben, daß von 888, 422, 446 erwachsenen und 30, 33, 45 jugendlichen Schleifern in den Jahren 1903, 1904 und 1905 an Lungenerkrankungen erkrankten: 38, 52, 42 Erwachsene und 2 Jugendliche; es starben: 4, 7, 3 Erwachsene. Das traurige Endresultat der Untersuchung war, daß die Metallschleifer selten über 45 Jahre alt werden. In den Schleifereien und Polierereien der Metallwarenfabriken Sachsen-Meiningens, daß von den versicherten Arbeitern in den Jahren 1902, 1903 und 1904 an den Atmungsorganen 48,8, 51,3 und 52,2 Prozent erkrankten. In Anhalt sollen in den letzten 10 Jahren nur 1,15 Prozent an Lungentuberkulose erkrankt sein. Im Bezirk Rothringen wird selten ein Arbeiter über 40 Jahre in Metallschleifereien angelangt. Entgegen der bisherigen allgemeinen Auffassung, daß die Trockenbleiferei gesundheitsgefährlicher sei als die Nassschleiferei, hat sich die Meinung der lothringschen Arbeiter und Unternehmer in Metallschleifereien bestätigt, daß die Nassschleiferei gefährlicher ist. Sie fordert erheblich größere körperliche Anstrengungen als die Arbeit an Schmiede- und Polierscheiben, zieht den Körper des Schleifers heftigen Schwankungen und der Röste aus und endlich atmet der Arbeiter mit dem feinen Wasserstaub auch keine Sand- und Metallstaubchen ein. In einer Werkzeugfabrik in Straßburg — Unterelsaß — erkranken von 20 beschäftigten Arbeitern im Jahre 1904 16 mit Erwerbsunfähigkeit verbündete Krankheiten, davon 6 Lungenerkrankungen.

Aus Österreich, dem Bezirk Löwen, wird die allgemeine Verbreitung der Schmiedefrankheit gemeldet, die sich in der Abschwächung der Gehörnerven äußert. Die Puddler, Schweißer, die Martinis und die Hochofenleute wieder werden durch die Einwirkung des großen Lichtes der weißglühenden Eisenmassen auf den Gehirn und die Linsen sowie die Reizung der Bindegewebe durch die strahlende Hitze so schwachfähig, daß sie zu gut keiner Arbeit fähig sind.

## Zweiter christlich-nationaler Arbeiterkongress.

P. Vom 20. bis zum 22. Oktober fanden die Verhandlungen des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Berlin statt. Wie der Ausschußbericht angibt, vertraten die anwesenden 300 Delegierten 110000 christlich und national gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen. Freilich muß man von dieser Zahl einen großen Teil, weil Nichtarbeiter, abziehen, einen anderen Teil, weil mindestens ein Viertel der angegebenen Mitglieder zw. einmal gezählt wurden, einmal in der Betriebsorganisation, das anderemal im Verband der Arbeitervereine. So gibt ja auch ein dieser Bewegung sehr nahestehendes Blatt die Zahl der dem Arbeiterstand angehörigen Mitglieder nur auf 80000 an. Ein paar Tausend mehr oder weniger spielen ja auch keine Rolle. Zur Beratung standen folgende Punkte: 1. Bericht des Ausschusses (Berichterstatter: Franz Behrens-Giesen). 2. Die allgemeine sozialpolitische Lage (Berichterstatter: Adam Stegerwald-Köln). a) Die Sonntagsruhe (Berichterstatter: Richard Döring-Hamburg). b) Arbeiterschule in der gesundheitsfördernden und schweren Industrie (Berichterstatter: Franz Wieber-Duisburg). c) Geistliche Regelung der Arbeitszeit (Berichterstatter: Franz Fischer-Mülhausen im Elsass). [Ist ausgesetzt]. d) Die Arbeiterinnenfrage (Berichterstatterin: Fräulein Gräb-Alt-Gladbach).

Wenn auch die Tagesordnung nicht allzureichlich und vielversprechend auslief, so hatten doch einzelne Punkte, so speziell für uns Metallarbeiter der Punkt 2. b), Interesse. — Die Anträge des Kongresses — zwar nicht die offiziell beauftragten, sondern jene, die abwechselnd als deus ex machina in Funktion traten, in diesem Falle der bekannte Vic. Plüm — hatten im Oktober dieses Jahres bei den Vertretern der verschiedenen bürgerlichen Parteien eine Umfrage um ein Urteil über die christlich-nationalen Arbeiterbewegung veranlaßt. In der Nummer vom 19. Oktober des Stöckerschen "Reich" werden die Antworten der Geschorenen und Gescheiteten veröffentlicht. Aber noch eine andere Abreitung hatte dieser Kongress: Sämtliche "nationalen" Fraktionen des Reichstages hatten Vertreter entsandt, vom Reichsamt des Innern und dem preußischen Handelsministerium waren die Exellenzen v. Bethmann-Hollweg und Delbrück nebst einigen Geheimratsherren erschienen. Die Gewerbeinspektion, das Reichsgesundheitsamt, die Gesellschaft für Sozialreform und noch verschiedene Körperschaften waren vertreten.

Nachdem der Reichstagsabgeordnete Franz Behrens den Kongress eröffnet hatte, gab er seiner Freunde und Befriedigung Ausdruck, daß die geladenen Herrschaften dem Kongress die Ehre ihrer Beteiligung haben zuteil werden lassen. Unter starkem Beifall verkündete er, daß die christlich-nationalen Arbeiter treu zu Kaiser und Reich stehen und daß sie wohl wissen, was sie dem Herrschergelehrte der Hohenpöller zu danken haben. Nach einem Schuß auf den Kaiser nahm das Wort der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg. Aus seinem längeren Ausführungen sei folgendes erwähnt:

"Das Amt, zu dessen Führung ich berufen bin, erfaßt seit alle Lebensverhältnisse im Deutschen Reich und so infordernde die Verhältnisse Ihres Standes, des Arbeiterstandes. Um so dankbarer bin ich für jede Gelegenheit, die mir geboten wird, mit Vertretern der verschiedenen Berufsstände in persönliche Verührung zu treten, weil auch die jährliche Behandlung der Geschäfte durch persönliche Beziehungen jeglicher Art nur gefördert werden kann. Seitdem Sie den ersten großen Kongress in Frankfurt a. M. veranstaltet haben, sind vier Jahre ins Land gegangen. In der Zwischenzeit hat das Streben nach corporativer Zusammenschließung weiter stark zunommen, bei den Arbeitgebern sowohl wie bei den Arbeitnehmern, und auch bei Ihnen sind die Zahlen Ihrer Mitglieder ganz bedeutend gewachsen. Ich freue mich dieser Ihrer Erstaltung aufrichtig. Aber auch hier gilt der Satz, daß je größere Macht einer hat, um so höher seine Verantwortlichkeit steigt. . . . Wir Menschen, wir alle, welchem Stande wir auch angehören mögen, unterliegen ja leicht der Fazit, Macht, die wir erlangt haben, zum Nachteil anderer auszunützen. Die ganze Menschheit und die ganze Weltgeschichte ist ein einziges Zeugnis davon und auch die Koalitionen, die sich auf wirtschaftlichem Gebiet gebildet haben, sind dieser Gefahr unterworfen. Sie wissen selbst am besten, wie Terrorismus — von welcher Seite er auch kommen möge — nicht nur den moralischen Halt des Menschen vernichtet, sondern auch ganze wirtschaftliche Errungen zu zertrümmern geeignet ist. Die Waffen des rücksichtslosen Zwanges mögen sich darbieten, wenn es gilt, einen Feind, einen Feinde niederrüttigen, zu vernichten. Aber liegt die Sache hier so? Freilich, die sozialdemokratische Bewegung meint es. Sie will alles, was sich ihr nicht anstellt, alles, was ihrem Begehr nicht zu Wissen ist, befestigen und niederrütteln, um dann diktatorisch ihre neue Ordnung der Dinge aufzurichten. Sie bedienen sich dem gegenüber ungewöhnlich in einer schwierigen Lage. Sie wollen mit anderen Mitteln arbeiten. Sie wollen, wie einer der Jüngsten es bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses ausgedrückt hat, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundfeuer ausgerichtet werden, die ihre glückliche Zukunft sichern: Freiheit, Gottesfurcht, Rücksicht und Zufriedenheit."

Nach einer Pause gegen die Sozialdemokratie und einem Bezeichnungspulpa für die Kongressteilnehmer entwickelte der Staatssekretär so etwas wie ein Programm, in dem das formale Reichsvereinigungsrecht, eine von dem Grafen Rosdorff ausgearbeitete Rövele zur Gewerbeordnung, Bestimmungen über die Dauer der Frauenerarbeit und Heimarbeit erwähnt wurden. Mit einem Wunsche auf geheimer Erfolg schloß der Staatssekretär seine oft durch lebhafte und ostentative Beifall unterbrochene Rede.

Und mündete dieser durch nichts begründete Besuch während der Rede mehr als der Beifall, den der Herr Staatssekretär schon beim Erscheinen — à conto — empfing. Das Versprechen der Regierung an die Arbeiter meistens taube Rüste sind, daß draußen

die verschiedenen Redner während der Verhandlungen gerade oft genug zum Ausdruck. Und was hatte denn der Staatssekretär eigentlich versprochen, daß die nächsten Redner ihre hohe Bekleidung darüber äußerten? Nach dem, was man bisher über den Reichsvereinigungsgefechtswurf gehört hat, kann er höchstens zum Danziger Geschenk für die Arbeiter werden. Die anderen Versprechungen sind bis jetzt doch auch nur Worte. Ganz eigenartig verläuft einen die Beteuerung, daß in dem Ausbau der sozialen Gesetzgebung keine Ruhepause eintreten werde. Das stimmt! Eintreten wird die Ruhepause nicht, ist auch nicht nötig, bis sie schon seit Jahren existiert. So macht sich auch die katholische Märkische Volkszeitung über die Ministerrede höchst lustig und nennt sie „von jedem Standpunkt aus als unverständlich“. Als ungehörig muß man wohl rügen, wenn jemand — gleichviel wer — fordert, daß die obenbezeichneten „Grundfeuer“ unter den deutschen Arbeitern wieder aufgerichtet werden müssen. Über die Gottesfurcht wollen wir hier nicht streiten, dieses Wort läßt zu viele Deutungen zu und meist stehen die Handlungen davor, die es so gern im Munde führen, dazu in grellstem Gegensatz. Dafür die Arbeiter nicht zufrieden sein können, ist sogar von allen Rednern des Kongresses bewiesen worden, indem sie durchweg begründete Forderungen aufgestellt und vertreten. Wenn man aber dem deutschen Arbeiter extra noch Fleiß empfiehlt, so zeigt das angesichts der Leistung der deutschen Industrie geradezu von Unwissenheit. Wir wollen nicht vor dem Millionenlegen, den die Kapitalisten in den letzten Jahren eingehinst haben, reden, nur auf die losloshafte Steigerung in der Produktion hinweisen, die die geringen Lohnabschüttungen, die hier und da zu verzeichnen sind, weit überflügeln. Ebenso unzutreffend ist der Hinweis auf die Rückternheit. Gerade die Arbeiterkongresse beschäftigen sich mit der Antisozialistfrage. Gerade in den organisierten und besonders den sozialistischen Arbeiterchaften befinden schon seit Jahren derartige Vereinigungen. Auf Studentenkongressen oder bei den Kolonialstreunen freilich wird hauptsächlich in Antisemitismus gemacht. Vielleicht bildet das Thema Rückternheit die ständige Unterhaltung bei den Vielesmählern unserer christlich-nationalen — Offizierscorps.

Nach den üblichen Begrüßungen der anwesenden Gäste, unter denen der konservative Abgeordnete Pauli durch seinen wunderbaren Unteroffiziersjargon und der Antisemit Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg durch seine Auseinandersetzung die Sozialdemokratie glänzten, wurde ein Begrüßungstelegramm an den Kaiser geschickt, das am letzten Kongressstag von ihm erwidert wurde.

Am Nachmittag des Eröffnungstags fand eine durch riesenhafte Plakate bekannt gegebene Versammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Osvald aus Bayern, Fräulein Behm und Herr Roth-Hamburg über: „Vier Jahre Standesarbeit“ sprachen. Was Herr Osvald unter Standesarbeit versteht, konnte man aus seinen blödsinnigen Schimpfen auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften „Standesarbeit“ ist. Mit vielen Unzulänglichkeiten und wenig Ernsthaftigkeit ist jeden Zuhörer, der nicht in der ausgesprochenen Absicht zur Versammlung gegangen war, für „Christentum“ und „Nationalismus“ einen schönen Samstagabendmittag zu opfern. Daß Partei und Gewerkschaften den schrecklichen Terrorismus töten, ist für ihn bewiesene Tatsache. „Gebt uns die Freiheit heraus, die zu uns gehören, und wir werden sehen, wer nicht Mitglieder aufzuweisen hat!“ Der arme Mensch. Wie wär's mit einem Tauschgeschäft? Gebt uns die, die aus Christ und wagen des Terrorismus der christlichen Unternehmer sich nicht nach unseren Versammlungen zu kommen getrauen, die, die von anderen Behörden wie Privaten — denkt man — verdeckt werden, wenn sie unser Preise lesen ic., und wie rechnen euch die Zahl dieser doppelt, auf die ihr Anspruch erhebt. — Auch das Referat des Fräuleins Behm war unter mittelgut. Eine Darstellung des Wachstums der Organisation unter den Heimarbeiternin, ein paar schlecht gelungene Witze, ein bissel — aber nicht zu viel — därglicherliches Frauenrechtlerum, daß war alles. Und draußen ein prächtiges Wetter! — Mit großem Geschick und sorgvollendet sprach jedoch Herr Roth. Nur beginn' er den Fehler, diese Versammlung mit einer Legationsversammlung des deutsch-nationalen Handlungshilfs-Verbandes zu verwechseln. Wie er sprach, war schön, was er sprach, war überflüssig. —

Als bemerkenswertes aus dem Ausschußbericht ist zu verzeichnen, daß von den Forderungen des Frankfurter Kongresses vom Jahre 1903 die Gesetzgebung nicht eine einzige erfüllt habe. Nicht einmal die Koalitionsfreiheit ist im Programm der Regierung angesiedelt worden. Der Berichterstatter Bedraus wendet sich in dem Bericht gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, wie es kommen soll, wurde äußerst scharf und zutreffend kritisiert. Bedraus wendet sich gegen die angebliche Monopolstellung des Buchdrucker-Verbandes mit seinem abgeschlossenen Tarif. Dies weiterforderte er für die Staats- und Komunalunterbeamten unerschranktes Organisationsrecht, wie es zum Teil in den süddeutschen Bundesstaaten besteht. Die Regierung habe die Pflicht, da der Staatssekretär dem Kongress auch Versprechungen gemacht hätte, auf dem schnellsten Wege die Sozialgesetzgebung zu fordern. Gewindesordnung, Arbeiterschutz, Fremdenrecht &c. müssen bei heutigen Rechtsanschauungen angepaßt werden.

Das Referat über die sozialpolitische Lage, das Stegerwald am Montag hielt, war, abgesehen von den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften, durchaus faustig. Der Redner machte zeitweilig temperamentsvolle Angriffe auf die Regierungspolitik. Der Gelegenheitsarbeitsbericht über die Reichsfähigkeit der Betriebsvereine, wie er vorgelesen hat, das Reichsvereinsgebot, wie es kommen soll, wurde äußerst scharf und zutreffend kritisiert. Redner wendet sich gegen die angebliche Monopolstellung des Buchdrucker-Verbandes mit seinem abgeschlossenen Tarif. Dies weiterforderte er für die Staats- und Komunalunterbeamten unerschranktes Organisationsrecht, wie es zum Teil in den süddeutschen Bundesstaaten besteht. Die Regierung habe die Pflicht, da der Staatssekretär dem Kongress auch Versprechungen gemacht hätte, auf dem schnellsten Wege die Sozialgesetzgebung zu fordern. Gewindesordnung, Arbeiterschutz, Fremdenrecht &c. müssen bei heutigen Rechtsanschauungen angepaßt werden.

Die Diskussion bewegte sich im Rahmen und Sinne des Referats. Die meisten Redner brachten Einzelfälle vor, ein Herr Hoffäss (Berlin) wandte sich gegen den sozialdemokratischen Buchdrucker-Verband, durch dessen Tarif der Gutenbergbund geschädigt sei. Nicht nur die Sozialdemokratie haben das Recht auf Arbeit! Aber der gute Mann mußte selbst zugestehen, daß die sogenannte „Monopolclausel“ die Unternehmer verpflichtet, mit Angehörigen solcher Organisationen zu beschäftigen, die den Tarif anerkennen. Daß solches nicht der Organisation darin gestellt hat, ist nicht so fein, wie es zu sein scheint. Der Berichterstatter der bayerischen Postunterbeamten forderte für diese das Kooperationsrecht. Er beflogte mit bestem Willen den Ressortminister, die den Beamten vertheidigen, sich zu organisieren. „Wir wollen nur das Kooperationsrecht, aber nicht das Streitrecht.“ Diese Beteuerung wurde von ihm zu wiederholtem male gegeben. Das ein Kooperationsrecht ohne Streitrecht nichts, aber auch gar nichts nützt, war auch diesem Herrn nicht klar. Dann können die Unterbeamten sich auch in Kriegsschluss oder Theatervereinen zusammenschließen, wenn sie sich nur vereinen wollen.

Zwischen diesen Verhandlungen spielte sich ein äußerst interessanter Fall ab. Der Vertreter der evangelischen Arbeitervereine an der Saar stellte die Anfrage, warum die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nicht zum Kongress eingeladen worden seien, und beantragte dies für die Zukunft. Darauf gab der Vorsitzende Namens der Leitung des Kongresses die Erklärung ab, daß an alle „nationalen“, das heißt nicht sozialdemokratischen Arbeitervereine die Einladung zu diesem Kongress ergangen sei, auch an die Hirsch-Dunderschen. Diese hätten jedoch durch ihren Centralrat an verschiedene Zeitungen eine Erklärung verschickt, daß die deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunders) an ihrer partei- und kirchenpolitischen Unabhängigkeit festhielten. Die sogenannte „christliche“ Richtung in der Arbeiterbewegung sei eine antisemitisch-konservativ-ultramontane, während die deutschen Gewerkschaften eine vollständig, freiheitliche Tendenz hätten u. s. w. Der Vorsitzende, der bei Belieferung der Glastürme mehrmals durch hützisches Gläschter unterbrochen wurde, zerstörte mit heissem Zorn diese Erklärung. Es gab eine Diskussion, wie die „christlichen“ früher eine Annäherung an die Hirsch-Dunderschen versucht haben, wie sie ihnen auch entgegengestellt worden, aber sie würden noch ebendrein verhöhnt und entpoltert werden. Die Gewerkschaften verlangten wieder wohlg. daß die christlichen Arbeiter ihren Standpunkt aufstellen und sich zu der Macht der Hirsch-Dunders befehlen sollen. Die Gewerkschaften hätten den Abschluß verpaßt, jetzt sei es zu spät. Überhaupt sei es falschum, daß eine Organisation, wie

nur 100000 Mitglieder habe und ohnehin im Rückgang sei, ein solches Unsinnen stelle. So hatten die armen Gewerkschaften zum bitteren Ende noch den beispielhaften Spott. Dabei wurde die interessante Befürchtung gemacht, daß der gewesene Minister Fr. v. Berlepsch seinerseits Verhandlungen zwischen den Christen und den Hirsch-Dunderschen geplossen hat. v. Berlepsch sprach später, später an dieser Anlegenseite und erklärte, daß die Verhandlungen, die er mit Vertretern der christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderschen wegen einer Verjährungsgefahr habe, vertraulich gewesen seien, doch brauchten sie nicht das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. Er habe vor allem die Absicht gehabt, die feindselige Stimmung zwischen den beiden Verbänden zu beseitigen, damit einmal ein aufsichtliches Zusammensehen auf den nationalen Arbeiterkongressen stattfinden könnte. Daß diese Verhandlungen scheiterten, bedauerte er außerordentlich, auch als Mann, der auch den Rest seiner Lage der großen Frage der Sozialreform gewidmet habe, und der eine große Gefahr darin erblickte, wenn Organisationen, die auf nationalem Boden stehen, ihre guten Kräfte zum Kampf gegeneinander verwenden und nicht gegen ihre Feinde vor rechts und links, oben und unten. „Ich will den Versuch eines ehrlichen Maklers wiederholen und will zu gleicher Zeit auch noch einmal an die Gewissen appellieren. Nicht die Schuldsfrage soll aufgerollt werden, sondern der erste Schritt zur Versöhnung ist: Vergessen!“ Über die Einzelheiten der Verhandlungen wurde er in der Sozialen Praxis sich auslassen.

Das Referat von Döring über die Sonntagsruhe war bis auf die schon oben bemerkten Seitenzüge, die alle Referenten machten, gut. Die bekannten Forderungen für die Augenstärken im Handels- und Transportgewerbe, für Gas- und Schauturmwirtschaften, für die verschiedenen Berufe (Bäcker, Konditoren, Schlächter u. s. w.) wurden aufzählisch begründet und erhoben. In gleicher Weise äußerten sich die Diskussionsredner und ergänzten das Referat durch konkrete Fälle.

Das für uns Metallarbeiter interessanteste Referat gab der Vorsteher des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes, Franz Wieber (Duisburg). Ein gedruckt vergelebtes Referat schildert die Zustände im Hütten- und Walzwerkbetrieb. Es ist auch ohne weiteres anzuerkennen, daß Wieber die Forderungen sehr unchristlich und energisch begründete. Er schilderte in lebhafter Weise die gesundheitsschädliche und gefährliche Tätigkeit dieser Arbeiterkategorie. Nur behauptete er — und zwar zu Kosten der Wahrheit —, daß der „christliche“ Metallarbeiter-Verband zuerst diesen Schutz für die Arbeiter der Hüttenwerke und der Stahlindustrie erhoben hätte. Wir gestatten uns, diese Behauptung zurückzuweisen. Herr Wiebers Referat, das von allen Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde, umfaßt eine Broschüre von 45 Seiten. Über in viel umfangreicherer Weise hat der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes diese Materie gesichtet, durch unanziehbare Beweise und statistisches Material belegt, in einer 82 Seiten starken, im Format bedeutend größeren Broschüre bereits im Februar dieses Jahres sämtlichen Mitgliedern des deutschen Bundesrates und Reichstags zuspielt! Wir sind so unbescheiden und nehmen die Priorität für uns in Anspruch! Bei dieser Gelegenheit wollen wir wiederholen, daß, als der Abgeordnete Hue in der Reichstagssitzung am 6. Februar 1906 die Verhältnisse der Hüttenarbeiter schilderte und für schlechte Abteilung der schauberhaften Zustände plädierte, der Abgeordnete Stöder sagte: „Das Schaubild, das neulich Herr Hue entwarf, aber Herr Abgeordneter Beumer widerlegt hat, trifft nicht zu. Das sind Verallgemeinerungen einzelner Fälle und Übertragen von Wirklichkeiten. Ich bin in einem Hüttenkreis gewohlt, wo die Eisen- und Stahlindustrie sehr bedeutend ist. Ich habe von jenen Kreuzen nichts erlebt. Das aber können Sie glauben, daß die Arbeiter, die mich wählen, mich auch in Kenntnis setzen werden, wenn solche Schauermärchen irgendwie Wahrheit wären. Über das Beispiel vom Siegerland benutzt eben, daß man mit christlichen und nationalen, mit verständigen und sozialen Gedanken eine Arbeiterschaft vor der roten Fahne behüten kann. Ich bin mit Ausnahme einer Session seit 25 Jahren Abgeordneter dieses Kreises.“

Herr Stöder, der mit besonderer Verliebtheit von „destructiver Agitation“ und „strapellosem Verhetzung“ redet, ist ja auf diesem Kongress gewesen. Er kann das Referat Wiebers mit den Ausführungen Hue's und mit der Broschüre des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vergleichen. Wieber schreibt: „... Ja einzelner Betriebsarten, zum Beispiel Hochöfen, haben die Arbeiter alle 14 Tage bei Wechselseite noch eine 24stündige Arbeitszeit; keinen Sonn- und keinen Feiertag. Kein Weihnachten, Oster- oder Pfingstfest kann ihm Kontrakt Einhalt gebieten. ... Gefundehärtlicher noch als auf den Eisenoxydofenwerken ist es auf Zinkhütten und auf den Aufschmelzen mit Hochofenbetrieb bestellt. Hier sind die Gäste noch gefundehärtlicher und die Staubentwicklung größer. Schon beim Verladen der Erze entwickelt sich ein solcher Staub, daß die Arbeiter sich gezwungen sehen, Tücher vor den Mund zu binden. Noch schlimmer ist es dort bestellt, wo das Erz gehauen wird. Die Staubwölken sind so dicht, daß man kaum auf einige Schritte Entfernung sehen kann. Bei dem Rösten der Erze entwickeln sich scharfe Schwefelkämpfe, die in kurzer Zeit die Kleidung zerreißen, besonders Venen, weshalb die Arbeiter meistens nur wollene Kleidungstrachten tragen können. Die schärfsten Dünne entwickeln sich in der Lungen, wo das Kupfer mittels Salzsäure ausgezogen wird. Eisen, Holz, selbst Ziegelsteine sind in kurzer Zeit zerstört. Die Arbeiter in den Röstenräumen haben vorwiegend unter den entstehenden Ascheflocken zu leiden, welche die Röste zerstören. Röste zerstören, Angeräumen, Wundgehen, Brustbeschwerden, Halsleiden, Nasenabschläge u. s. w. Die Eisenträger, welche das Eisen gegossene Eisen aus der Gießhalle fortbringen, haben bei normaler Arbeit 450 bis 500 Zentner Eisen zu verladen und brennen zu transportieren; bei Zinkofen erhöht sich diese Leistung auf 950 bis 1000 Zentner pro Person. Hinzu kommt, daß diese Arbeiter einmal von Schweiss durchzählt, dann wieder großer Zugfest ausgesetzt sind. ... Ein Arbeiter, der im Sommer fünf Tage arbeitet, muß ein außerordentlich kräftiger Mann sein. Das sogenannte „wack“ werden, das heißt, daß Arbeiter bei der Arbeit zusammenfallen, unfähig sind, die Arbeit fortzuführen, gehört in den Sommer zu den täglichen Ereignissen. Hinzu kommen noch die giftigen Gase, Phosphor, Schwefelkohle, welche bei den Gasbläsen der Chargen den Konverter entzünden. ... Ein schreiernder Missstand ist noch die Frauenerarbeit in Hochöfen, Walzwerken, Blei- und Zinkhütten, wie sie in Oberschlesien zu verzeichnen ist. Über 12263 Frauen und Mädchen sind dabei noch in der Montanindustrie beschäftigt; davon in der schweren Eisenindustrie, in Blei- und Zinkwerken 3214. Diese Leute haben Arbeiten zu leisten, welche in anderen

arbeiter bezahlt werden. Eine Ausnahme macht nur der Bezirk Koblenz, in dem die Löhne noch um ein geringes tiefer stehen.

Die Zustände in bezug auf die Arbeitszeit sprachen jeder Beschreibung. Trotzdem Bieber mitunter derbe Löhne angekündigt hatte, sagte er, daß z. B. Schumann-Höllweg ihm aus der Sache gesprochen hätte. Und Bieber sagte, daß der noch einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl habe, für Wänderung dieser unmenschlichen Arbeitsweise und Arbeitszeit einzutreten müsse. Wir glauben, daß es sehr, sehr viele Unternehmer geben wird, die als "christlich" und "national" gelten, nach Biebers Ansicht dann aber keinen Funken Gerechtigkeitsgefühl haben werden. Herr Bieber, der diese Ausführungen sehr temperamentvoll gemacht hat, ist aber im Grunde seines Herzens ein bestechender Mann. Er sagt: „Ich bin der Meinung, daß wenn auch nur der zehnte Teil von dem erfüllt wird, was wir fordern, dann hat der Kongress großes geleistet.“ Er wird natürlich bei seinen anderen Ausführungen gedacht haben: Hier steht ich, Gott helfe mir, ich kann auch anders.

Auch bei diesen Punkten sprachen sich die Diskussionstredner im Sinne des Referenten aus. — Das Referat des Fräuleins Gras über die Arbeiterinnenfrage war das vorzüglichste und formvollendetste, was auf diesem Kongress gesprochen wurde. Sie wies auf die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterinnen hin, forderte die Unterstützung der Männer bei der Agitation, brachte packende Beispiele von unerhörter Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft u. s. w. Sie machte nur ein einzigesmal von der „christlichen“ Drapierung Gebrauch. Die Diskussion hierzu war matt und belanglos.

Damit waren die Verhandlungen des Kongresses erledigt. Es wurde dann über die eingebrochenen Resolutionen abgestimmt und beschlossen, dem Reichstag zu dieser eine Deputation die Beschlüsse des Kongresses mitteilen zu lassen. — Unter den unvermeidlichen Hochs auf Personen u. c. wurde der Kongress geschlossen.

\* \* \*

Fast bei allen Rednern kommt man die Belehrung machen, daß sie ihre Tätigkeit und die Forderungen, die sie aufstellen, für etwas ganz Neues oder nur von ihnen herzürnd bezeichneten. Dabei ist alles, aber auch ohne Ausnahme, schon auf den Kongressen der freien Gewerkschaften, auf den Verbundtagen der verschiedenen Berufsorganisationen und von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichs- und in den anderen Parlamenten vorgebracht und gefordert worden. Jaunghin kann man dem Kongress nicht absprechen, daß er sich auf einer gewissen Höhe bewegte. Freilich hat fast jeder Redner sein Sprüchlein gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften hergeholt, und fast alle haben auch ihre „christliche“ und „nationale“ Gefürchtung, ihre unverbrüderliche Treue zu Kaiser und Reich beteuert. Es ist auch ohne weiteres einem großen Teile der Vertreter zu glauben, daß sie das aufrichtige Bestreben haben, der Arbeiterschaft zu dienen. Zu bedauern ist aber die Kurzichtigkeit und die Konsequenz dieser Leute. Sie selbst bemängeln die Vorkommnisse, daß zum Beispiel zur Unterdrückung der Beziehungen der Arbeiter die Unternehmer ausländische Arbeiter heranzöpfen, sie selbst kritisieren das geplante Reichssozialgesetz mit der Sprache Einschränkung und sehen nicht ein, daß dagegen mit internationale Verbindungen den Arbeitern Schutz gewähren können. Die Stellung der freien Gewerkschaften in bezug auf die religiöse Ausrichtung ihrer Mitglieder ist die deutlich tolerante. Das die „christlich-nationalen“ Arbeiter jenseit eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen haben, ist doch nicht so ohne weiteres ihre Schuld und auf ihr Ronto zu schreiben. Wo mögen diese Organisationen, wenn nicht die freien Gewerkschaften den tollsaaligen Mitgliedszuwachs gehabt haben? Die durchaus aufgezogen zu werden, hat die „nationalen“ politischen Parteien veranlaßt, die Bewegung der Betriebsorganisationen zu fördern. Im Grunde ihres Herzens müssen die bürgerlichen Parteien, vorstie mit dem kapitalistischen Staate verwachsen sind. Gegner der Arbeiterbewegung sein. Und wir sehen ja auch, wie der durch einen Streit vertriebenen, redet mit Recht von dem Stillstand der Sozialreform.) Diese soll nach Herrn Dr. Wendlandt geeignet sein, der Industrie schwere Vorwürfe zu bereiten.“ Dieses liegt in wesentlichen in den politischen Konstellationen infolge des V. Stalls der letzten Reichstagswahl. Es sei gelungen, die Sozialdemokratie um die Hälfte ihrer Sitze zu bringen, und es soll gelingen, diesen Sieg mittig aufzuschmelzen oder noch zu vergroßen. Nichts liege näher, als daß die Partei um die Gunst der Arbeiter mit Hilfe der sozialen Sicherheit konkurriert. Diese Ausführungen stimmen leicht mit dem Jubelgeiste überein, das die Sozialdemokratie über den Stuhl der letzten Reichstagswahl ausprägt. Nach Wendlandts Ausführungen wäre es für das Unternehmertum eigentlich besser gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei bei der letzten Wahl noch Sitze gewonnen hätte, damit welche zu verteidigen. Wie man sieht, führt die berühmte Schriftstellerin zu wunderlichen Konsequenzen. Was die „sozialpolitischen Federativen“ andeutet, womit die Partei angeblich die Arbeiter fördern wollen, so sei mir eins bewußt, daß die sozialdemokratische Reichssozialreform unmöglich damit getragen werden kann. Diese hat in keinem Reichstag nur dieselbe Zeitspanne fortgesetzt, die sie schon seit vielen Jahren zum Segen der Arbeiterschaft betrieben hat. Und die bürgerlichen Parteien — um, — werden jetzt ja sehen, wie ernsthaft ihre sozialpolitisch angebrachten Pläne zu nehmern sind. Der Sozialrat betreut die Güte des Bundes mit dem Zentralverband, wenn es sich darum setzt, und vor Wiederaufzuruf des Reichstags in öffentlichen Versammlungen und unter dankenswerter Ausnehmung der Regierungserganzen die Grenzen des Rätselchen und Möglichkeiten in der heutigen Sozialpolitik des Reiches vom Standpunkt der Sozialpartei abzuheben.“ Wenn diese Zeilen unserer Redner zu Gehör kommen, werden die Ausführungen Wendlandts ein Blücher bei seinem Schriftgegenüber Bieck bereits ein bayrisches Echo gefunden haben.

Auch im übrigen wird Bieck genau in dasselbe Horn jagen. Zum Teil will Wendlandt nur das niederspielen, was Bieck schon früher gesagt hat. So das Brüderchen nach mehr Schutz für die Arbeitswilligen. Dazu sagt der Sozialrat (nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Nr. 1053 vom 22. Oktober) nach bei der Bekämpfung der Güte des Bundes zur Schaffung eines Abwehrfonds für Berlin als Arbeitseinstellungen folgendes: „Bei dieser Gelegenheit muß einmal darauf hingewiesen werden, wer in Europa die Eisenbahn eröffnet. Von 37 Millionen Menschen ziehen auf 4,5 Millionen Eisenbahnen. Herr Wendlandt schreibt, daß es möglich ist, die Eisenbahn der Eisenbahn herzugeben, werden müssen.“ Der preußische Schriftsteller zählt tatsächlich so gut wie gar keine Eisenbahnen (Wer kennt da?), und zwar auf Grund des bayerischen Betriebs Kaiser Wilhelms I., das Eisenbahn unter 900 M. zusammensetzt. Zum Dienst für diesen Nachlass benötigt der sozialdemokratische Arbeiter sich jetzt mit schweren Zeiten- und Rentenabgaben zur Bekämpfung der Inflation und seiner Arbeitslosigkeit, der Inflation. (Der Herr kann schon ebenso ehrlich plaudern wie Bieck.) Unter diesen Gegebenheiten jedoch die Eisenbahnen für den Bau nicht mehr benötigen, die sozialen Zulassungen der bayerischen Arbeiter angehören, damit dem Staat nicht sämtliche diejenigen Mittel entzogen werden, die in die Hände des Reichstags liegen. Es kann unter diesen Bedingungen das Eisenbahn, ja die bayerische sozialdemokratische Arbeiterpartei leichter bestehen, auch wenn es nur in ihrer innerpolitischen Funktionen von der Sozialdemokratie abweichen kann. (Die Eisenbahnen müssen eben, daß die „sozialdemokratische Funktionen“ der Eisenbahn im großen und ganzen gut sind, ja sonst ja keinen brauchen, daß sie nur gestellt werden, um die Eisenbahn anzugeben.) So Bekämpfung zu den erhöhten Sozialabgaben setzt die unablässige Forderung der Heraussetzung der Arbeitszeit für Freizeit über den Kopf der Säule und der Arbeitsschicht voraus. Sollte dies nicht geschehen, so würde die Eisenbahn ausstehen müssen, aber es geht ja nicht mehr weiter. In diesem Zusammenhang sieht man bereits hingewiesen werden, daß der experimentellen Beratungen, die Heimarbeit gelegentlich zu regeln, dringend ge-

treten und von einzelnen landwirtschaftlichen Organisationen gefordert wird. Der Kongress erwartet, daß die Regierung und die Parteien

des Reichstags diesen Begehren keine Folge geben, sondern die Ausnahmestellung der ländlichen Arbeiter in der sozialen Gesetzgebung befehligen helfen werden, vor allem durch ihre Einbeziehung in die Krankenversicherung und Gewährung des Koalitionsrechtes. 7. Arbeiterinnenechte. Der Kongress verlangt von der Gesetzgebung, daß den Arbeiterinnen die Wahrnehmung ihrer sozialpolitischen Interessen gewahrt wird. Verbot der Frauenarbeit in der gefundene Industrie und fachmännischen Industrie. Verbesserung der Arbeitszeit. Obligatorische Fortbildungsklausuren mit Haushaltungsunterricht für jugendliche Arbeiterinnen. Erweiterter Schutz der verheirateten Frauen und Tochterinnen. Vermehrung der weiblichen Beamten bei der Gewerbeinspektion. Verleihung des Wahlschreis an die Arbeiterinnen bei den Wahlen zu den Gewerberäten u. c. Schaffung eines einheitlichen Gewerbeberechtes. 8. Der Kongress fordert die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Versicherungsgesetzgebung, die Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Haushaltung, Einführung der Wohnungsinspktion, Schaffung von Instanzen als Einigungs- oder Tarifämter für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Haushaltung mit Verhandlungszwang. 9. Der Kongress richtet an den Bundesrat das höfliche Erlassen, den 1899 angestandenen Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe dem deutschen Reichstag endlich zugehen zu lassen. 10. Die Forderungen für die schwere Industrie (Gütern- und Walzwerke) deuten sich mit den Anträgen, die in der letzten Tagung des Reichstags angenommen wurden. Der Kongress hält das Vertrauen zum deutscher Reichstag, daß er allen Nachdruck auf die Durchführung dieser feiner Forderungen zu legen geneigt ist. Der Kongress fordert eine schärfere Beaufsichtigung der Rentenversicherungen, um einen Missbrauch dieser Einrichtung zum Nachteil der Arbeiter zu verhindern. Der Kongress erhebt entschieden Einspruch gegen das sogenannte Sparersystem, wonach einzulassene Arbeiter auf anderen Werken monatelang keine Beschäftigung erhalten.

## Vom Bund der Industriellen.

Dieser Unternehmerverbund ist nicht zu verwechseln mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller. Beide haben nur das gemeinsam, daß sie in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung einig sind. Bei der einen dabei sich rezipiert, so spricht der andere. Dieser Bund hielt am 21. Oktober in Berlin seine große Generalversammlung ab. Nach dem vom Kommerzienrat Wirth (Berlin) erarbeiteten Geschäftsbericht hat der Bund gegenwärtig 4500 Einzelmitglieder und 90 angehörende Vereine. Sie sind tatsächlich keine prinzipiellen Gegner der Unternehmerorganisationen, haben vielmehr eher anerkannt, daß jolche auch für die Industrie sehr nützlich sein können. Es kommt nur darauf an, was sie als ihre Aufgabe auffassen. Die von dem Bund in Leben gerufenen ständige Ausstellungskommission für die deutsche Industrie kann ohne Zweifel sehr nützlich wirken. Sie hat den Zweck, den Industriellen in allen Ausstellungsmöglichkeiten Rat und Lust zu ertheilen. Ferner ist der Bund unter anderem noch für eine Reform des Patentgesetzes, besonders für eine Entlastung der Patentgebühren eingetreten.

Andere Löhne schlug jedoch der Generalsekretär des Bundes, Dr. Wendlandt, vor. Dieser Herr kopierte Bieck. Er referierte über die neuen sozialpolitischen Gesetzesvorlagen, besonders über die Novelle zur Gewerbeordnung. Nach der königlichen Volkszählung (Nr. 915 vom 22. Oktober) hat er zunächst folgendes ausgesetzt: „Augenblicklich leben wir nicht nur in einer wirtschaftlichen, sondern auch in einer sozialpolitischen en Hochkonjunktur.“ Wo die wohl steht? Andere Leute, die auch etwas von der Sache verstehen, reden mit Recht von dem Stillstand der Sozialreform. Diese soll nach Herrn Dr. Wendlandt geeignet sein, der Industrie schwere Vorwürfe zu bereiten.“ Dieses liegt in wesentlichen in den politischen Konstellationen infolge des V. Stalls der letzten Reichstagswahl. Es sei gelungen, die Sozialdemokratie um die Hälfte ihrer Sitze zu bringen, und es soll gelingen, diesen Sieg mittig aufzuschmelzen oder noch zu vergroßen. Nichts liege näher, als daß die Partei um die Gunst der Arbeiter mit Hilfe der sozialen Sicherheit konkurriert. Diese Ausführungen stimmen leicht mit dem Jubelgeiste überein, das die Sozialdemokratie über den Stuhl der letzten Reichstagswahl ausprägt. Nach Wendlandts Ausführungen wäre es für das Unternehmertum eigentlich besser gewesen, wenn die sozialdemokratische Partei bei der letzten Wahl noch Sitze gewonnen hätte, damit welche zu verteidigen. Wie man sieht, führt die berühmte Schriftstellerin zu wunderlichen Konsequenzen. Was die „sozialpolitischen Federativen“ andeutet, womit die Partei angeblich die Arbeiter fördern wollen, so sei mir eins bewußt, daß die sozialdemokratische Reichssozialreform unmöglich damit getragen werden kann. Diese hat in keinem Reichstag nur dieselbe Zeitspanne fortgesetzt, die sie schon seit vielen Jahren zum Segen der Arbeiterschaft betrieben hat. Und die bürgerlichen Parteien — um, — werden jetzt ja sehen, wie ernsthaft ihre sozialpolitisch angebrachten Pläne zu nehmern sind. Der Sozialrat betreut die Güte des Bundes mit dem Zentralverband, wenn es sich darum setzt, und vor Wiederaufzuruf des Reichstags in öffentlichen Versammlungen und unter dankenswerter Ausnehmung der Regierungserganzen die Grenzen des Rätselchen und Möglichkeiten in der heutigen Sozialpolitik des Reiches vom Standpunkt der Sozialpartei abzuheben.“ Wenn diese Zeilen unserer Redner zu Gehör kommen, werden die Ausführungen Wendlandts ein Blücher bei seinem Schriftgegenüber Bieck bereits ein bayrisches Echo gefunden haben.

Das auf dem Kongress eine Stimme auf Verzicht des Streitfestes in neuemswertem Weise zum Ausdruck gekommen ist, kann man nicht sagen. Die wenigen, die sich so äußerten, waren es unter Überdruck des größten Teiles der Anwesenden. Da je oft wiederholte Bedeutung, nur im äußersten Falle zum Streit zu greifen, in zu der Ordnung, es wird auch bei den freien Gewerkschaften davon gehandelt. Unser Vorsitzender Schäfer erklärte vor vier Jahren in Berlin: „Der Streit ist unser letztes, aber nicht unser letztes Mittel.“ Und nun erklärte in der Sitzungssitzung vom 11. März dieses Jahres: „Als langjähriger Gewerkschaftsbeamter will ich Ihnen sagen: jeder Erfolg, den wir erzielen können ist ein Streit, ist uns unbedingt lieb, wie der durch einen Streit erreichte. Fragen Sie die Kollegen Giesecke, Wiedberg und die anderen Vertreter der christlich-nationalen Gewerkschaften, ob es ihnen nicht genau ebenso geht, daß sie genau bereit sind, wenn die Unternehmer nur verhindern wollen, mit etwas weniger vertrag zu nehmen, wenn es ohne Streit geht.“ Dessen Einverständnis kann keiner alle Gewerkschaften. Wenn aber die „christlich-nationalen“ Arbeitnehmer durch die Zeit gegen die Gelben Einstellung aufzutreten wollen, wie sie es mit Worten bereits getan haben, dann werden ihnen diese Konflikte nicht erspart bleiben.

Die freien Gewerkschaften haben alle Bekämpfung, die Repression der „christlich-nationalen“ Arbeiter genau zu beobachten. Besonders vor nicht zuferne Angen den Sachen. Jetzt besteht nicht so von jenen Kreisen, wenn sie um einsatzlosen Arbeiterschutz gegen die freien Gewerkschaften vorzubereiten zu können. Wenn Unternehmensbeamte werden soll, dann kann sie nur mit den freien Gewerkschaften zusammenarbeiten, mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten. Der ausgedehnte Gegner der Sozialdemokratie kann es doch nicht ablehnen, das sie eine Arbeiterspartei ist. Der gleiche Begriff reicht nicht aus, um die Arbeiterschaften zu tönen oder sie abzufallen, der muss so alt sein wie — Streit. Sonst wäre es aber auch um den freien Gewerkschaften, wenn nur durch das freie Zusammensetzen unserer Organisationen in der Sitzungssitzung erkennen, wenn nur glauben, wir hätten es nicht mehr nötig, intensive Agitation zu treiben. Wir brauchen nicht gegenwärtig zu werden. Der Sitzungssitzung ist ein schlechter Senator, vielleicht der schlechteste. Die „christlichen“ Arbeiter haben ganz gescheit Agitationen, das hat der Sammelsurium. Wenn es auch nicht weiter von den Gelben weit abgesehen wird, so ist die Möglichkeit einer Blockbildung mit wichtigen Arbeitern nicht ausgeschlossen. Die kommunistische Partei, wie sie bei den sozialdemokratischen Sitzungen aufgetreten ist, kann nicht am Ende des sozialdemokratischen Parteien eintreten. Es sind in Deutschland noch zwei große Unternehmen zu organisieren, den breiten aus der großen Zahl in die freien Gewerkschaften hinzutreten. Nach dem Sitzungssitzung Was geben, aber die Sorgen um und aufzutreten! Das ist für uns das Segen des „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsgeistes.

Der Inhalt der vom Kongress angenommenen Resolutionen ist wie folgender:

1. Es wird zur Verhinderung der obligatorischen Einheitslöhne des Verhältnis zwischen alle jüngeren Wahlen auf dem Gebiet der Arbeitersitzungen und des Arbeitersitzungsrates. 2. Der Kongress empfiehlt es im nächsten eindeutig, das die Gesetzgebung eine Rechtsgleichstellung aller Gewerkschaften zu erlangen. 3. Der Inhalt einer entsprechenden Arbeitersitzungssitzung nach der Regelung der Bergarbeiterverhältnisse nach der Reichsverordnung verlangt. 4. Der Kongress erkennt die freiheitliche Regelung der von den verschiedenen Regionen ausgehenden Sitzungen eines Reichsvereinigungsgeistes, des je eine regelmäßige Sitzung der Arbeitersitzungen führen und auch den Zusammenschluß des Sitzes des Deputationsausschusses an. 5. Der Kongress will mit dem Reichstag gegen die gelben Gewerkschaften, die in der Regel nur im Interesse der „christlich-nationalen“ geprägt sind, abstimmen. 6. Der Kongress unterscheidet die Betriebsräte zur Betriebsleitern der Arbeiterversicherung, wie sie in der Regelung nach Reparatur der kleinen Sitzes bei den landwirtschaftlichen Organisationen gewünscht werden.

warn werden muß. Der Gewerbeinspektor, gegen den als Institution nicht das geringste gesagt werden soll, hat sich ebenfalls davor zu hüten, daß er zu einem Polizisten oder gar zu einem Geheimpolizisten zum Schuh des Arbeiters herabsteigt. (Er soll wohl zum Schuh des Unternehmers „hinaufsteigen“?) Es wurde daher schon beim früheren Staatssekretär des Innern verlangt: 1. Einschränkung des Wechsels der Beamten; 2. Einschränkung der Befugnisse unerfahrenen und überzeugten Assistenten und untergeordneter Polizeiorgane; 3. Hebung und Vereinheitlichung der technischen Vorbildung der Gewerbeinspektionsbeamten im ganzen Reich; 4. ein engeres und zweckmäßigeres Zusammenwirken der Gewerbeinspektionen mit den Berufsgenossenschaften, denen derartige technische Unfallverhütungs- und Hygienevorschriften am besten ganz übertragen würden.“ Der dritten Forderung können auch wir zustimmen. Aus manchem Gewerbeinspektionsbericht geht deutlich hervor, daß die technische Vorbildung seines Verfassers noch sehr zu wünschen übrig läßt. Auch über die Einschränkung des Wechsels der Beamten lässt sich reden. Die übrigen Forderungen sind aber ausgesprochen reaktionär Natur. Da könnte etwas schönes herauskommen, wenn die Fürsorge für die Unfallverhütung und die Hygiene den Berufsgenossenschaften übertragen würde. Das beweisen schon die Abrechnungen mancher Berufsgenossenschaft. Die Summen, die da unter dem Posten „Unfallverhütung“ aufgeführt werden, sind im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben zuweilen ein wahrer Pappensiel.

Zum Bericht der Rheinisch-Westfälischen Zeitung heißt es dann noch weiter: „Der Redner geht dann noch auf die sozialpolitische Tätigkeit des Bundes ein, der auch auf diesem Gebiet eine reiche Wirklichkeit entfaltet habe.“ Es ist doch schade, daß der Berichterstatter uns weitere Angaben darüber vorbehält. Böswillige Leute können nunmehr gar zu leicht auf den Gedanken kommen, daß mit der „sozialpolitischen Tätigkeit“ auch keine Bilder herauszustellen sind.

Wir haben die aus unansehbaren Quellen stammenden Berichte deshalb so ausführlich zitiert, damit unsere Kollegen sehen können, daß der Herr Bieck mit seinem Schriftstellerischen keineswegs allein steht. Wenn er auch als Schleifsteinvortwoe unerreich ist, so hat er unter den Unternehmern und deren Sachwaltern doch viele Gleicheinsen. Alle diese Leute sind Feinde der Arbeiterbewegung. Um so mehr haben wir alle Ursache, sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiet alles zu tun, um ihren gar zu großen Einfluss so viel wie möglich zurückzudrängen. Dies ist um so notwendiger, als die Regierung ihnen stets „großes Verdienst“ entgegenbringt.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Bekanntmachung.

Um Errüttler zu vermeiden und eine geregelte Beitrag leistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 3. November der 45. Wochenbeitrag für die Zeit vom 3. bis 9. November 1907 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatutes gestaltet:

Der Verwaltungssitz in Oranienburg 10 Pf. pro Monat. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Bremen:  
Der Schlosser Alfred Kromberg, geb. am 20. März 1867 zu Magdeburg, Lit. A. Buch-Nr. ?, wegen Schwindel.

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Hannover:  
Der Schlosser Friedr. Weiske, geb. am 14. Juni 1876 zu Herrenhausen, Buch-Nr. ?, wegen Unterschlagung.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Stuttgart:  
Der Mechaniker Matth. Ranch, geb. am 9. November 1882 zu Ruppertsbrück, Lit. A. Buch-Nr. 58605, wegen Diebstahl.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Darmstadt:  
Der Formier Phil. Höhl, geb. am 8. August 1863 zu Griesheim.

Aufforderung zur Rechtsfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtsfertigen. Sodann einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Andbach:

Der Metallarbeiter Frz. Hirz, geb. am 13. Oktober 1875 zu Grünbach, Lit. A. Buch-Nr. 2974, wegen Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Dortmund:

Der Metallarbeiter Paul Dörner, geb. am 21. Oktober 1888 zu Langenberg, Lit. A. Buch-Nr. 87562, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Nürnberg:

Der Dreher Hans Lüdt, geb. am 22. Oktober 1883 zu Berlin, Buch-Nr. 88404, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungssitz in Wittenberge:

Der Formier Joh. Gip, geb. am ? zu ?, Lit. A. Buch-Nr. 242163, wegen Diebstahl.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an</p

von Metallarbeitern aller Branchen nach Barmen D.; nach Vielesfeld (Fa. Görke) St.; nach Cöln-Bickendorf (Werkzeugmacherfabrik A. H. Schütte) St.; nach Elbing (Schiffbauanstalt) M.; nach Göppingen (Bellino & Co.) M.; nach Hamburg-Hammerdeich (Mühlenbauanst. u. Maschinenfab. Schule) St.; nach Heilbronn (Camerawerke) M.; nach Leipzig-Anger (Preuse & Co., Buchbindereimachinenfabrik) St.; nach Lünen b. Dortmund (Fa. Quittmann) St.; nach Oberhausen b. Augsburg (Heintle & Weiß); nach Oberstein A.; nach Paris; nach Schladen a. H. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schweningen St.; nach Singen a. H. (Eisen- und Stahlwerke, vormals Fischer & Co., Fittingsfabrik) D.; nach Solingen; nach Sonthain bei Heilbronn (Wagen- und Armaturenfabrik Schneider & Döß) M.; nach Wiesbaden i. Rhld. (Ofenfabrik Dinsing) M.;

von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldorten;

von Metalldrückern, Spenglern, Gürtern, Schleifern und Polierern nach Kaiserstädten (Württembergische Metallwarenfabrik) D.; nach Mulda (Sächs. Metallwarenfabrik) D.; nach Salzungen;

von Schlossern (Bau-) nach Bruchsal (Firma Hödelstab) D.;

von Schmieden nach Nordenham (Fa. Meyer) M.;

von Silberarbeitern nach Hanau a. Main;

von Spenglern, Metalldrückern, Schleifern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) M.;

von Uhrenarbeitern nach Enzkirch und Schweningen A.;

von Vergoldern nach Darmstadt (Fa. Sonnthal) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maxregelung; M.: Missstände; R.: Lohn- oder Auford-Neduktions; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitssuchnahme in Orten, wo keine der obigen Ansätze in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, sollte man sich an den Vorstand wenden. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem jetzigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

## Korrespondenzen.

### Former.

**Zimbach i. S.** Wie vielen Kollegen schon bekannt sein dürfte, existieren in der Langerschen Gießerei Missstände. Erlauben sich Arbeiter, Herr Langer darauf aufmerksam zu machen und zugereiste Kollegen davon in Kenntnis zu setzen, so glaubt er es dadurch gut zu machen, daß er den Kollegen die Arbeit wegnimmt und ihnen Arbeit gibt, woran sie den Appetit erst recht verlieren. Kommt man früh in die Gießerei, so hat man sehr oft keine Hilfsarbeiter. Herr Langer gebraucht da immer die Redensart: "Die Former sollen sich selber helfen." Beginnt abends das Gießen, so ist fast immer nur ein Mann da, der die Pfannen trägt, die Former haben also oft das Vergnügen, die Pfanne selbst mit anzutragen. In Alford gibt es mitunter Preise, die man sich in anderen Gießereien gar nicht auszahlen erlaubt. Früher hing ein Tarif in dem Betrieb aus, der ist jedoch seit mehreren Wochen verschwunden. Die Hasen müssen sich die Former selbst machen, wofür es keinen Pfennig Entschädigung gibt. Den Modellsand müssen die Former auch selbst benutzen und durchsieben, ehe er verwendet werden kann. Die Formkästen sind sehr schlecht, wo anders würden sie als altes Eisen betrachtet werden. Holz zum Verbauen der Formkästen fehlt fastständig. Der Abort ist ohne Licht und läßt an Kleinlichkeit zu wünschen übrig. Die Wascheinrichtung ist ungenügend. Bei Lohndifferenzen macht der Meister die Arbeit fertig, die von den Formern wegen zu schlechter Bezahlung nicht ausgeführt wird. Auch es gibt hier einige Former, die sich lieber an ihren Kollegen reiben als sich zu organisieren und dadurch für bessere Arbeitsbedingungen einzutreten. Wenn ein Gußstück nicht einwandfrei ausfällt, haben die Former die Kosten zu tragen. Bei Säulen für 7 M. Arbeitslohn müssten die Former an die Puhet noch 1,50 M. für Mehrarbeit abgeben.

### Giebgießer und Gürter.

**Düsseldorf.** Die Kronleuchtersfabrik der Firma Hansen in Gerresheim bei Düsseldorf behält nun etwa zwei Jahre. In dieser Zeit sind zu ihr unzählige Arbeiter gekommen und wieder gegangen. Nach einigen Wochen oder Monaten, manchmal schon nach einigen Tagen, gehen die meist wieder von dannen. Das Wort Durchschlag ist hier wirklich angebracht. In den übrigen Giebmetallwarenfabriken am Orte herrschen ziemlich stabile Verhältnisse, die Arbeiter sind dort meistens jahrelang tätig. Es muß also wohl an der Firma Hansen liegen, wenn bei ihr keiner lange aushält. Einmal fanden drei Kollegen von Biberach in Württemberg. Das Ergebnis dieser langen und kostspieligen Reise waren 2½ Stunden Arbeit. Die Kollegen hatten sich unter der Firma Hansen etwas anderes vorgestellt. Das Hauptgeschäft der Firma befindet sich in Berlin und es sollen auch dort die Verhältnisse nicht zum besten sein. Zurzeit befindet sich diese Industrie in einer Hochkonjunktur, trotzdem macht die Firma Abzüge. Wenn sich einer dagegen beschwert, dann heißt es bei Meister Busch: "Wenn's Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie doch." Natürlich! Wenn der Betriebsende draußen ist, dann wird in Mainz, Erfurt und weiter sonst noch wo inseriert. Fahrgeld wird nicht vergütet. Da unter solchen Umständen die auswärtigen Kollegen sehr vorsichtig sein sollten, ist wohl klar. Klarantlich gilt dies für Mainz, vorwohl aller üblichen Erziehungen, die die dortigen Kollegen mit den Engagements nach hier gemacht haben, immer noch welche auf den Lein der Firma Hansen kriechen. Schon die Einrichtung der Fabrik veranlaßt manche bald wieder von dannen zu ziehen. Der Mangel an Werkzeug ist schamlos. Von unserer örtlichen Verbandsleitung wurde vor einem Jahre eine Beschwerde nach dem Berliner Hauptgeschäft gerichtet — ohne Erfolg. Großen Wert legt die Firma auch auf die Ausbildung jugendlicher Arbeitskräfte. Die jungen Leute bekommen natürlich nur einen Teil des Alfordpreises und man versucht oft, gerade die noch einigermaßen im Preise stehenden Arbeiten von jugendlichen Arbeitern für das halbe Geld machen zu lassen. Aber auch das führt zu Verunsicherung. Die Firma handelt nicht wie manche andere, die alte Arbeiter nicht mehr einzustellen. Sie stellt auch Arbeiter im Alter von 55 bis 60 Jahren ein und gibt ihnen 19 Pf. die Eindeute, pro Tag 9 × 19 Pf. = 1,71 M. Wir wollen es damit vorläufig genug sein lassen. Den auswärtigen Kollegen empfehlen wir äußerste Vorsicht. Vor allen Dingen sollen sie erst Erfahrungen bei der hiesigen Verbandsleitung einziehen.

### Gold- und Silberarbeiter.

**Glückauf (Schwab.).** In den letzten Jahren müssten wir uns öfter mit der optischen Industrieanstalt von Ferdinand Menrad hier beschäftigen. Vor einigen Monaten kehrte die Firma Arbeitertum ein, die leichtere Arbeiten, deren Herstellung durch Arbeiter zu geringfügig ist, hergestellt werden. Die Sache hat aber eine Bedeutung bekommen, die von den Arbeitertümern fest gemacht werden, müssen nachher von Arbeitern verrichtet und gebohrt werden. Findet nun ein Arbeiter, daß ein Artikel mangelfhaft vorgearbeitet ist und er will eine Ausbesserung vornehmen, dann wehe ihm, wenn Herr Menrad kommt. Dann ist ihm die größte Peinlichkeit recht, nur weil sie dazu die Arbeitertümer etwas billiger wird. Menrad ging sogar so weit, zu erklären: "Wer nochmals über die Arbeit der Arbeitertümer etwas sagt, wird entlassen, und wenn es zweimal ist." Das heißt also: selbige wenn von den Arbeitertümer die größte Prüfung erliefert würde, dünkt der Arbeiter, der

diese Artikel zum Weiterverarbeiten erhält, nicht einmal darüber reden, viel weniger noch etwas daran ausbessern. Läßt aber der Arbeiter die Arbeit ab, ohne an mangelhaft vorgearbeiteten Artikeln etwas nachzuhelfen, dann heißt es sofort: "Das hätten Sie doch sehen sollen, eine solche Arbeit gibt man doch nicht ab, das kann ich doch nicht verkaufen." Gegen eine solche Behandlung wollten sich die dort Beschäftigten wehren. Sie beantragten deshalb in einer zu diesem Zwecke einberufenen Betriebsversammlung die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, bei der Firma vorstellig zu werden. So, wie Herr Menrad seine Arbeiter behandeln zu dürfen glaubt, wurde auch unser Geschäftsführer behandelt. Das zeigt ganz gewiß nicht von Bildung des Herrn Menrad. Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo sich Menrad bei unserem Geschäftsführer beschwert hat, daß Arbeiter aus einem ganz geringfügigen Grunde davongelaufen seien. Derartige Ausritte und Szenen sollten doch in einem Geschäft verniedlichen werden. Davon, Herr Menrad, das könnte alles vermieden werden. Es kommt selbstverständlich nur darauf an, wie die Arbeiter und ihre Beauftragten behandelt werden. Da aber Menrad, wie aus seinem Verhalten zu schließen ist, seine Arbeiter als Helden betrachtet, die kein Recht hätten, über die Arbeitsbedingungen mitzureden, so kann es den Arbeitern nicht übernommen werden, wenn es ihnen in Zukunft wieder einmal zu bunt wird und sie wieder davonlaufen. Waren die dort beschäftigten Kollegen Mann für Mann organisiert, dann würde sich Herr Menrad einer anständigeren Behandlung befreijigen, er würde nicht bei jeder ihm passenden Gelegenheit den Brotkorb höher hängen wollen. Durch gewisse Autrichen ist Menrad wohl über das Organisationsverhältnis unterrichtet, deshalb erlaubt er sich auch, die Arbeiter so zu behandeln. Kollegen, das muss anders werden! Sorgt also dafür, daß die bis jetzt noch der Organisation fernstehenden sich unverzüglich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen.

### Glempner.

**Nachen.** Nach dem Sprichwort: Was lange währt, wird endlich gut, hat auch der Nacher Held zu handeln gedacht, als er nach fünf Wochen endlich auf den Artikel in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung antwortete. Schon das lange Warten beweist, daß das von uns gesagte gesessen hat. Die Antwort, die ein Herr K. B. im Nacher Volksstrand und im "christlichen" Metallarbeiter gegen uns losläßt, ist nun durchaus nicht danach angelan, das von uns gesagte zu widerlegen, sondern man nicht verleumden und denunzieren als sachliche Widerlegung ansehen will. Anstatt unsere aufgestellten Behauptungen zu widerlegen und dann die verhafsten Roten zu einer öffentlichen Branchenversammlung einzuladen, wo auch seine eigenen Mitglieder Gelegenheit hätten, die verlogenen Behauptungen der "Roten" genau zu prüfen, geht dieser Held hin und beschönigt und verdeckt die bestehenden Missstände, will der Gehilfenschaft bezeigen, daß alles in schönster Ordnung sei. Wir halten dagegen alles aufrecht, was wir in Nr. 34 gesagt haben. Wenn dieser K. B. dann weiter schreibt, daß die Genossen, vorunter nur die bei uns organisierten Glempner und Installatoren verstanden sein können, das Gerücht verbreiten, daß nächstes Jahr gefreist würde, so ist dieses eine Behauptung, die an Verlogenheit ihresgleichen sucht. Was K. B. und seine Hintermänner damit zu erreichen ver suchen, ist für jeden, der die Taktik dieser Leute kennt, offensichtlich. Diese Taktik ist: Verleumde und beschimpfe die Gegner, heze die Arbeiter gegeneinander, male das rote Gepräg so grauslich wie möglich an die Wand, damit nicht durch Zusammenschluß der Arbeiter dem Unternehmer ein Leid geschieht. Der K. B. appelliert an die Dummheit seiner Verbandskollegen und schreibt etwas von geheimer Versammlungen, die wir bei der Bewegung im Jahre 1905 abgehalten hätten. Des weiteren soll nach der Bewegung eines unserer Mitglieder gesagt haben: "Ja, hätte der 'christliche' Verband die ganze Sache in Händen gehabt, dann hätten wir noch länger gestreikt und hätten viel mehr erreicht." So lange uns der K. B. nicht den Beweis erbringt, wer dieses gesagt hat und wo es gesagt wurde, halten wir auch dieses für eine Verdächtigung, die darauf berechnet ist, den "christlichen" Mitgliedern Saal in die Augen zu streuen. Der K. B. möge sich noch der Versammlung vom 23. September 1905 bei Keltnas erinnern, dort war er es selber, der erklärte, daß es ein großer Fehler sei, daß in den letzten Tagen in den verschiedenen Werkstätten die Arbeit aufgenommen worden sei, ohne dem Streikfronte davon Mitteilung zu machen! Waren es nun nicht gerade die im "christlichen" Verband organisierten Kollegen von der Firma Palm, die er wegen dieses Verhaltens am schärfsten tadelte? War es nicht das "christliche" Kommissionsmittel S., das dann für Aufnahme der Arbeit plädierte? Und sagte nicht der "christliche" Beamte Wölff daran anschließend wörtlich: "Wir können den Streit nicht mehr weiterführen mit Rückicht auf die bevorstehenden Wintermonate, zudem kommen die Kollegen auch nicht mehr ihren Verpflichtungen nach in bezug auf Versammlungen und Besuch und ganz besonders auf Streikpostenziehen." Es wurde sodann in geheimer Abstimmung mit 39 gegen 24 Stimmen die Auflösung des Streiks beschlossen. Warum aber der "Freund für Wahrheit und Recht" die Auflösung des Streiks auf geheimer Versammlungen unserer Kollegen zurückzuführen will, die gar nicht stattgefunden haben, ist uns ja erklärt, es beweist aber wiederum nur, wie er mit der Wahrheit umzugehen beliebt. Weiter glaubt der K. B. seinen Verbandskollegen vorzuhindern zu müssen, daß gerade in der Werkstatt, in der der frühere Ausschuss beschäftigt ist, die Abmachungen am schlechtesten innegehalten würden. Weiß denn K. B. nicht mehr, daß gerade diese Kollegen von ihrem Meister noch mehr als im Tarif gefordert war, zugestanden erhielten? Weiß der — um mit seinen Worten einmal selbst zu reden — "Mausheld" nicht mehr, daß gerade diese Roten es waren, die aus Solidarität mitstreiken? Waren es nicht die von Ihnen angepöbelten Roten, die sich später, wegen der Schlappe und Fahnensucht der meisten Christlichen während des Kampfes, wieder Abzüge gefallen lassen mussten, weil eben dieser Meister sich auf die Firmen, wo Ihre Kollegen dominierten, berufen konnte, daß dort viel billiger gearbeitet wurde? Wollen aber jene Herren wissen, wo der Tarif am besten innegehalten wird, so möge man sich beim Alt- und Prüfungsgesellen erkundigen. Aber alles dieses hat ja der K. B. vergeben. Auch hat er bis jetzt noch vergeben, den Gesellenhaften mitzuteilen, warum er während des Streiks nicht in der Lage war, sich in die Sozialkommission wählen zu lassen. Ja, weiß vom Schuß ist es leicht, den Grossnägeln zu spielen," schreibt dieser Brachhans. Auch faselt er über liebhabende Aufnahme von Streikbrechern und stellt es so dar, als ob bei der Firma, wo jenseit der frühere Ausschuss beschäftigt ist, keine "christlichen" eingestellt wurden. War dieser K. B. vielleicht der rohe Geselle, der vor kurzer Zeit dort um Arbeit angefragt hat und, nachdem ihm gesagt worden, daß seine Stelle frei sei, dann in heuchlerischem Tone dem Vertreter des Meisters entgegnet hat: "Ja, wenn es ein Roter wäre!" Dieser Geselle scheint von sich auf andere zu schließen. Oder sollen wir einmal nachweisen, wo unsere Mitglieder von verschiedenen "christlichen" terrorisiert worden sind? Es wird sich noch eine Gelegenheit bieten, darüber Abrechnung zu halten. Gerade was die liebevolle Aufnahme von Streikbrechern betrifft, hätten doch gerade jene christlichen Schwäger alle Urtache, Stillschweigen zu bewahren. Wie ist der Kollege, der damals Streikbrecher wurde und heute bei einem Mitglied ist? Heraus mit der Sprache! Ganz anders steht es aus, wenn man die Reihen der "christlichen" misst, dort findet man alle die, die es während des Kampfes nicht für nötig hielten, Solidarität zu üben. Dort sitzen jene Auskollagen, die durch ihr Verhalten es erreichten, daß bevor der Kampf als beendet erklärt war, die Gesellen rüdelweise zur Arbeit ließen. Und bei all dem wagt es ein K. B., seinen Schutt auf andere abladen zu wollen! Wenn dann die Kollegen auf das kommende Jahr verzettet werden, so beweist dieses nur, wie toll es im Staate Dänemark und wie betrügt unsere Freiheit an den bestehenden Verhältnissen ist. Zuerst ist nach K. B. alles in Ordnung, dann sind die roten Brüder wild, daß nicht mehr erreicht wurde, und weiter heißt es dann, in nächster Zeit soll alles nachgeholt werden. Möge dieser "Wahrheitsstrumpf" weiter schimpfen und weitschreien, sonder er Lust hat, für alles das, was heute im Arbeitsverhältnis der hiesigen Betriebe schlecht und toll ist, tragen einzug und allein jene Christen die Schuld, die nun in verlogener Art und Weise die Gesellen durch freche Lügen über ihre wirkliche Lage hinwegzutäuschen versuchen. Anstatt die Errungenschaften der Kollegen anderer Orte sich vor Augen zu führen und danach zu handeln, gefällt es dem K. B., andere in den Kot zu ziehen. Das mögen einige Brüder sich wohl merken: Wir werden dafür sorgen, daß die Kenntnis über das verträgliche Gebot gewisser Leute den Gesellen nicht vorerhalten bleibt, so daß diese dann erkennen werden, daß nur im Deutschen Metallarbeiter-Verband ihre Interessen am besten gewahrt werden.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Klempnerversammlung wurde am 18. Oktober im Schützenhaus abgehalten, die sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: Der Antrag des Gesellenausschusses betreffend Vorehrung an die Innung und die Antwort derselben. Kollege Strobel behandelte zunächst die Lage der Chemnitzer Bauklempner im allgemeinen und im Verhältnis zu anderen Städten. Nach Verlesung des Schreibens, das der Gesellenausschuß an die Innung gerichtet hatte, wurde die Antwort des Innungsvorstandes zum Vortrag gebracht. Aus der Antwort latzte sich nur der Schluß ziehen: Die Chemnitzer Klempnergehilfen werden mit schönen Reden abgepeilt. Der Innungsvorstand vertröhrt in seinem Schreiben, daß die einzelnen Meister angehalten werden sollen, Lohnaufbesserungen zu gewähren, in dem Bericht über die letzte Innungsführung wurde aber die Gingabe mit keinem Worte erwähnt. Da auch keine allgemeine Lohnfrage erfolgte, sei anzunehmen, daß der Innungsvorstand die Sache gar nicht weiter verfolgt habe. Um leistungsfähige Arbeiter zu erhalten, müssten aber auch auskömmliche Löhne bezahlt werden; doch in diesem Punkte, wie in bezug auf eine geregelte Arbeitszeit seien die Verhältnisse im Chemnitzer Bauklempnergewerbe als sehr ungünstig zu bezeichnen. Die Gehilfen müßten es sich zur Pflicht machen, jeden Kollegen der Organisation zuzuführen. Nur dann sei es möglich, die berechtigten Wünsche der Kollegen mit Nachdruck gegenüber den organisierten Meistern zu vertreten. Aus der Diskussion ergab sich, daß die Gehilfen nicht gemillt sind, sich ohne greifbare Vorteile aufzudenken zu geben. Sie beanspruchten die zuständigen Instanzen, das weitere zu veranlassen. Auch müsse jeder Kollege aufzulär zu wissen suchen, um die zum Teil noch übliche Sonntags- und Überarbeit zu abschaffen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: "Die heute im Schützenhaus tagende Bauklempnerversammlung erachtet die Auflösung des Innungsvorstandes als unbefriedigend, da keine Anzeichen vorhanden seien, daß es der Innung ernst ist, in Frieden mit der Gehilfenschaft die Lohnverhältnisse zu regeln. Die Gehilfen erwarten nunmehr, daß die einzelnen Meister ihren Verpflichtungen nachkommen und entsprechend den Verhältnissen Lohnnerhöhungen bewilligen werden. Von der Gehilfenschaft wird dagegen erwartet, daß sie mehr als bisher für die Organisation arbeitet und ihr neue Kämpfer zuführt. Nur dann ist es möglich, zu gegebener Zeit die Innung zu zwingen, den Gehilfen Gelegenheiten zu zeigen."

**Magdeburg.** Der Streit der Installatoren und Klempner ist nach fast 28 wöchiger Dauer beendet worden. Es war ein heißes Ringen, in dem an die kämpfenden hohe Ansprüche gestellt wurden. Wenn aber trotz der langen Dauer und der zum Teil großen Opfer, die gebracht werden mussten, von zusammen 257 Beteiligten nur ganze 9 Arbeiter arbeitswillig wurden, so ist das ein Beweis dafür, wie sehr die Ausländer von der Berechtigung und Durchführbarkeit eines Tarifvertrags mit anständigen Arbeitsbedingungen überzeugt und wie sehr sie infolge der schroffen Abweisung im Frühjahr dieses Jahres durch die Klempnerinnung und den Arbeitgeberverband im Installationsgewerbe verletzt waren. Von der Berechtigung und Durchführbarkeit zeugen ja die Tarife fast aller namhaften Städte Deutschlands, so daß die Mehrheit der Beteiligten auf eine glatte Beständigung rechnete; an einen Ausland glaubten sie nicht. Als aber der im Auftrag der Installatoren und Klempner Magdeburgs von der Organisation eingereichte Entwurf eines solchen Vertrags nicht nur zurückgewiesen, sondern von dem Arbeitgeberverband auch jede Verhandlung abgelehnt wurde, während die Klempnerinnung nicht einmal eine Antwort für nötig hielt, da fand die Empörung keine Grenzen mehr, und auch die Mitteilung der Organisationsleitung, daß der Kampf in Hinblick auf die außerordentlich schlechte Baukonjunktur zum mindesten ein sehr langwieriger werden würde, konnte an dem Resultat nichts mehr ändern. Am 22. April wurde der Ausstand mit überwältigender Mehrheit beschlossen, beschlossen in der Hauptstadt deshalb, weil in der selben Stadt, in welcher jetzt die Vertreter der Regierung, der städtischen Behörden und der Handelskammer die aus allen Gauen Deutschlands hierher geeilten Mitglieder des Berlins für Sozialpolitik begrüßen und sie zu ihren Arbeiten beglückwünschen, ein rücksichtloses Unternehmertum nicht einmal so viel sozialpolitisches Verständnis besaß, mit den Vertretern der bei ihnen beschäftigten Arbeiter friedfertige Verhandlungen zu pflegen. Dabei sei auch gleich der liebervollen Tätigkeit unserer Polizeibehörde gedacht. Maßnahmen und Verhaftungen erfolgten, weil Verletzungen der Arbeitswilligen befürchtet wurden. Die Krankenfälle durften die Streikposten nicht nur nicht betreten, die Polizeibeamten schlugen die Straße sogar mit einem Heiligtum vor den verächtlichen Blicken dieser verdorbenen Menschen. Schaut ein Streikposten auch nur mit einem Auge hinein, so wurde er festgestellt. Doch all das machte die Ausländer nur erbitterter, aber nicht wulant, so daß die Unternehmer dabei nicht profitierten. Auch die Hoffnung, welche fast jede Woche in den letzten erweckt wurde: von der kommenden Woche zahlreiche Verhandlungen bezüglich der Arbeitszeit mehr, erwies sich jedesmal als Läusigung, so daß sie schließlich das Gewerbeamt als Vermittler antriefen. Unter dem folgenden Tarifvertrag festgestellt und von beiden Seiten akzeptiert worden. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: 1. Die Arbeit wird nach Stunden bezahlt. Folgende Mindestlöhne werden festgelegt: Für das erste Jahr nach der Gesellenprüfung 35 Pf., bis zum vollendeten 21. Lebensjahr und jedenfalls für das zweite und dritte Jahr nach der Gesellenprüfung 40 Pf., bis zum vollendeten 21. Lebensjahr 45 Pf., bei höherem Alter 50 Pf. Vom 1. Oktober 1908 an erhöhen sich die Mindestlöhne um 2 Pf. 2. Der Lohn muss bis zum Schluß der Arbeitszeit ausbezahlt sein. 3. Die Arbeitszeit beträgt höchstens 9½ Stunden täglich. Anfangs-, Schlusszeit und Pausen bleiben der Vereinbarung im einzelnen Betrieb vorbehalten. Am Vortag von Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr endet die Arbeitszeit eine Stunde früher ohne Lohnabzug. 4. Überstunden sowie Nacht- und Sonntagarbeit sind möglichst zu vermeiden. Bei Überstunden ist 10 Pf. Zuschlag für die Stunde, bei Nacht- und Sonntagarbeit 20 Pf. Zuschlag für die Stunde zu zahlen. Als Nachzeit gelten die Stunden von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh. 5. Alle Wege und Reisen werden als gewöhnliche Arbeitszeit vergütet. Bei Montagen, die weiter als 7½ Kilometer vom Alten Markt in Magdeburg stattfinden und bei denen nicht übernachtet wird, ist täglich ein Zuschlag von 1 Pf., bei Übernachten von 3 Pf. zu zahlen. Eisenbahnschäden sind dritter Klasse zu vergüten. Montagen mit Koffer und Logis sollen in der Regel nicht stattfinden. In Ausnahmefällen sind Einzelvereinbarungen zu treffen. 6. Kündigung kann jederzeit, nicht nur am Schluß des Arbeitstages, stilllos stattfinden. 7. Gesellen, die sofort nach Abschluß des Vertrags oder binnen drei Monaten bei den Unternehmen, bei denen sie bisher gearbeitet haben, wieder eingestellt werden, erhalten 2 Pf. Zulage zu ihrem bisherigen Lohn. — Unterzeichnet in der Vertrag für den Arbeitgeberverband von den Herren E. Jacoby, Friedr. Drosz und C. Haase. Für die im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Installatoren von B. Wille, Fritz Eggert und H. Mod. Beglaubigt ist der Vertrag von Herrn Stadtrat Dr. Luther. Zugleich sah sich auch die Klempnerinn

scheinbar vom Direktor Haase vom Stadtgeschäft geschieht, so wird die Arbeiterschaft Gegenmaßregeln treffen und man wird sehen, wer den kürzeren dabei zieht. Hoffentlich sind solche nicht nötig. — Der Zugang von Installateuren und Klempnern ist aber trotzdem noch fernzuhalten, weil einige Unternehmer, von kleinlicher Nachsucht geplagt, versuchen, brave Kollegen zu mahregeln. Zu diesen Firmen gehören die Allgemeine Gasaltungsgeellschaft, Friedrich Drog und Gustav Reinhold. Herr Drog und Herr Haase haben den Vertrag unterschrieben. Sie mögen beachten, daß darin von einem Aussperrungsrecht nichts geschrieben steht und die Durchführung von Maßregelungen als Vertragsbruch angesehen wird. Der Standpunkt dieser drei Herren läßt sich von sitzlichen Gesichtspunkten aus nicht verteidigen, er trägt nur dazu bei, die Achtung vor den Unternehmern ganz gewaltig herunterzudrücken und den vereinbarten Frieden zu gefährden. Hoffentlich sind Gegenmaßregeln der Arbeiterschaft nicht nötig.

**Tuttlingen.** Am Samstag den 19. Oktober haben die hiesigen Glasmergehilfen mit ihren Meistern einen Tarifvertrag abgeschlossen, dessen Inhalt ist: 1. Das Kraft- und Logiewesen wird bejügt. 2. Die Arbeitszeit wird auf 10 Stunden festgesetzt, Samstags in eine Stunde früher Arbeitsschluß. 3. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 25 Prozent, für Nacht- und Sonntagsarbeit von 30 Prozent gewährt. 4. Wöchentliche Lohnzahlung. 5. Der Mindestlohn beträgt für selbständige Arbeiter 45 Pf. die Stunde, vom 1. Mai 1908 an 48 Pf., für alle übrigen Arbeiter nach gegenseitiger Vereinbarung. 6. Bei auswärtigen Arbeiten wird pro Tag 60 Pf. wenn übernachtet werden muß, 1,50 Mk. gewöhrt. 7. Die Kündigungsfrist beträgt acht Tage. 8. Die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen sind streng einzuhalten. 9. Maßregelungen finden nicht statt. 10. Dieser Vertrag tritt am 1. November 1907 in Kraft und endet am 1. April 1909. — Die übrigen hiesigen Metallarbeiter, ganz besonders die der chirurgischen Instrumentenindustrie, können hieraus ersehen, was durch die Organisation erreicht werden kann, wenn ihr die Kollegen alle angehören. Kollegen, rüttelt die uns noch Zertifizierenden auf, damit sie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Wenn wir besser gerüstet sind, werden wir zu gegebener Zeit einen besseren Erfolg wie in diesem Jahre erreichen. Deshalb an die Arbeit!

## Metallarbeiter.

**Bielefeld.** Bei der Firma Göricke haben die Dreharbeiter, Revolverdreharbeiter und Fräser wegen fortgesetzter Maßregelung der Vertrauensmänner und wegen beabsichtigter Misserfolgreichung die Arbeit eingestellt. Zugang von Fahrradarbeitern aller Branchen ist strengstens fernzuhalten!

**Essen.** Aus allen Gegenüber Deutschland's laufen neben den Berichten über Lohnverzerrungen zugleich Briefe und Störten ein, in denen die hiesige Ortsverwaltung er sucht wird, den Zugang von Streikbrechern aus Essen fernzuhalten, da die Fabrikanten gedroht hätten, aus Essen könnten nie genügend staatserhaltende Elemente bekommen. Dieses ist nun nicht der Fall. Wenn Essen durch die Versendung von Streikbrechern nach den Hasenorten leider "verübt" geworden ist, so hat das mit Bewegungen in der Metallindustrie nichts zu tun. Niemand hat sich hier wohl mehr gestellt als die Polizei, endlich einmal auf kurze Zeit die Gedankenlosigkeit zu sein. Die hiesigen Metallarbeiter, wenn auch zum größten Teile nicht organisiert, haben doch so viel begriffen, daß sie sich nicht zu der schmutzigen Arbeit als Streikbrecher gebrauchen lassen dürften. Wenn die Fabrikanten mit solchen Pläckchen handhaben gehen, so zeigt das nur, daß sie enß Tretzen getan haben und für die Arbeiter die Sache an den herstellenden Seiten gut steht.

Eben. Endlich, nach einer monatelangen Sperrre, hat sich die Direktion der Maschinenfabrik Union dazu bewegen, in Verhandlungen einzutreten. Mit den Formern anzufinden, ist eben doch eine fühlbare Saute, denn der Prozentzahl der organisierten Kollegen ist bereits so groß, daß die Fabrikanten unabdingt damit zu rechnen haben. Die Hauptsache ist: reines und festes Zusammenhalten, durch lernen die Fabrikanten auch im Interesse des Menschen achten. Nach kurzem Unterhandeln sind die früttigen Punkte geregelt worden, so daß die Sperrre aufgehoben werden könnte. Wie es heißt, soll der Betrieb dahin geändert werden, daß der Maschinensalon ausgeschaltet und die Eigentumsstitutionswelle vergrößert wird. — Die Firma Rohrmanz in Kettwig scheint noch keine Lust zu haben, den gerechten Wünschen der Arbeiter nachzuhören. Aber, wenn es der Firma nicht zu lange dauert — die Arbeiter sind aus Warten gejährt. — Bei der Firma Krupp hat man in der letzten Zeit umgeräumt. Im Safettsabtrieb geht es klar, ein Teil der Kollegen hat gefündigt, anderer wurde gefürchtigt obet sie haben sich in anderen Abteilungen der Fabrik Arbeit gesucht. Am größten ganzen ist man bei den Abschreibungen zweckmäßig verfahren, bei einigen Fällen jedoch trifft dies nicht zu. Zwei Kollegen drohten nicht in anderen Abteilungen zur Arbeit nachzuhören, sie waren vom Betriebsleiter König bei dem Überflurdenunwesen in die Befunde gefahren. Jetzt wo die Arbeit knapp ist, läßt der Mann keine Gedanke aus. Wie rücksichtig die Firma in sozialer Beziehung ist, hat sie auf das glänzende bewiesen. Unser im Safettsabtrieb ging es noch überallrott, bis abends 11 Uhr wurde gearbeitet. Anhalt aber aus dem Safettsabtrieb die Leute in andere Abteilungen zu schicken, wurde den Leuten gefündigt, im Safettsabtrieb wurde aber trotzdem in

der Sache genügt, so kann man nicht ohne die Sache und die einzelnen Beobachtungen noch über die normale Zeit generalisieren. Wie die Sache „baut“ zu werden anfängt und jede Ergründung schont, daß die Sache Einsicht besaß, tragen die Schriften zu einer Begegnung zusammen. Beschlossen wurde zunächst ein Schreiben an die Sache zu richten, in dem auf die Maßnahmen hingewiesen und zur Abschaffung erfaßt wurde. Dieses Schreiben wurde am 9. August abgeschickt, es lautete: „An die Sache Friedrich Stromm. Wünsche Schrift. Gelehrte Recht. So dem Reisetraumvergleichesbetrieb Weltas werden eine große Zahl Reiter auf der Straße herumgezogen, sich andere Arbeit zu suchen. Finden dieselben keine Arbeit oder befürchtet gefangen, will die Sache niemand haben, so sind dieselben gezwungen, die Münze zu nehmen, ebdem wird gefährdet. Es beginnen mit Sätzen vor, was diese herangeht, daß Sache davon bestrofen werden. Mit 2 bis 14 Zeilen auf dem Berle tätig sind. Daß diese Münze auf den Münzen Schütterung erzeugt, ist leicht erfahrlich. Ein solches Denken hin, daß in den nächsten Tagen nach Schütterung geschehen wird, also auch viel Arbeit vorhanden sein mag. Derner behauptet die Sache, daß vom Schieß eingesetzt, die sich über diese Maßnahmen befreien, erfüllt sei, zum September aber Oktober würden noch mehr entstehen. Dieses wäre doch eine Falle, an die man vielleicht glauben kann. Wer auf einem Berle so lange gewandert ist, geht nicht leichter Deutung die Arbeit aus, weil ein großer Bedarf für den daraus Schaffearbeit kommt verhindert ist, daß zum Winter auf die Straße zu kommen, während es ein Kleinkinder Spiel. Es muß sehr stark befürchtet, daß Weltreicher beginnen gezwungen sind, nicht Sache zu entlassen, sondern die Straße zu verlassen. Nebenfalls würde eine benötigte Ressource aus dem Münzen und Schriften begrenzt werden und hätte die Sache freien Schaden, da ihr die eingeschlossenen Städte erhalten bleiben. Sie erwähnt der Sache bilden Weg ins Reichsland, um in einer kriegerischen Situation einen ausreichenden Rückzug gewahrt zu haben. Durch einen beweglichen Schritt würde die öffentliche Sicherung auf Seiten der Sache liegen. So der Erwartung, daß die Sache Sicherung aufzubauen beginnen und mit einer Sache zusammen leben, gegen bedrohte Welt zu treten. Auch war auf beiden historischen Schriften nicht entdeckt, daß die „Münzschäden“. Speziell waren Erklärungen vorausgesetzt, wodurch weiter und weiter nach Überflüssen gewünscht, es kann sogar in Tiefgründen gewünscht. Es kann dann wiederum der Schreiber an die Sache gerichtet, das etwas Kleinkinder geschehen soll, es kann folgeredend: „An die Sache u. i. zu berichten am 9. des nächsten Monats immer in Sache eine Befreiung, in der es auf den Münzen und Schriften nicht Arbeit des Schatzmeisters aufzuzeigen werde und zugleich kein Übergang Sache nach Münzen der Sache Sicherung zu machen, die einen nachdrücklichen Schutz für diese wichtigen Sachen Sache Sicherung habe zu gewähren, daß die neue Beweise eingehendem Zulassen, so leichtesten Art ist, die in sich von Gewissheit, keinen von Münzen oder Schriften verhindert werden kann, dass Münzen, so sie bejahren

der verneinend, gewürdigt halten. . . . Andererseits wird die Firma der beten Organe, wenn es sich um die Zustellung der Fachschrift „Metallarbeiter-Zeitung“ handelt, in dem hiesigen Bureau der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereandes in der zuvor ammendsten Weise behandelt, wie es unter anständigen Menschen Sitte und Gebrauch ist. Weiteres verlange ich auch nicht. Zur Sache selbst sei bemerkt, daß die Abschiebungen und Entlassungen sich fast auf die ganze Fabrik erstrecken, trotzdem in mehreren Abteilungen die Arbeiter zur Überzeitarbeit angehalten werden. Eine Werkstatt ist mir bekannt, wo nach wie vor 18 Stunden gearbeitet wird. Diese Werkstatt liegt in einer Abteilung, die im Abschieben und Entlassen der Arbeiter außerordentlich leistet. Diese Praxis ist es, die zur Zeit herausfordert: auf der einen Seite Überzeitarbeit, auf der anderen Seite Entlassung. Hier befome ich nochmals: wenn die Firma den ernsten Willen besitzt, die Überstunden lassen zu lassen und die Arbeitszeit zu verkürzen, dann sind die Entlassungen überflüssig. Ganz besonders mache ich darauf aufmerksam, daß bei dem Stande der gewerkschaftlichen Organisation, speziell in der Metallduktie, es sehr leicht dazu führen könnte, daß man Gleisches mit leichtem Vergelste, indem die Organisation dazu überginge, bei einer guten Geschäfts-lage den Zugang von Metallarbeitern nach der Stadt offen zu erhalten. Auf die vielen Führer, die Sie im vergangenen Jahre in alle Gegenben der Mindrose hinausgesandt haben, um Leute nach hier zu ziehen, danken Sie es der hiesigen Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Vereandes verdanken, daß sie auf alle Anträge in wohlwollendem Sinne geantwortet hat. Mit anderen Worten, hätte ich damals den Zugang ferngehalten, so hätten Sie nicht die Arbeiter in der nötigen Zahl bekommen. Dieses bitte ich verüchsigungen. Hochachtungsvoll M. R. — Als auch dieses nicht gegangen, sind wir an die Öffentlichkeit gegangen und haben in Tausenden von Exemplaren ein Flugblatt mit der Überschrift: „Die Wohlfahrtskasse Krupp in ihrer wahren Gestalt“ verbreitet. Für die Sprache, in der darin steht, halte die Firma Verantwortung. Eines Tages haben die Reiner im Lassenbetrieb bekannt, daß die achtstündige Arbeitszeit eingeführt würde. Man bedenke: bei der Firma Krupp sind 24, 36 und 48 Stunden fast Regel, die Leute wurden buchstäblich zur Überzeitarbeit beschleunigt, mit Entlassung bedroht, und jetzt mit einem Male — Achtstundentag. Wenn die Arbeitet auch bei dieser Arbeitszeit einen Verdienstlohn für zwei Stunden täglich haben — und was dies für das teure Pfosten in Eisen bedeutet, bedarf es keiner weiteren Begründung —, so ist es doch immer noch besser, als wenn Leute, die auf dem Werke oft geworden sind, auf die Landstraße müssen. Würde natürlich eine Spur von Humanität in der Firma walten, so wäre es nicht mehr als recht, daß sie den noch hundert Arbeitern, die noch im Lassenbetrieb sind, den vollen Taglohn zahlt, denn der Schichtlohn ist so gering, daß er in vielen Fällen noch nicht einmal den ortsüblichen Taglohn erreicht (3,40 M.). Doch wer heute Humanität vom Unterrichtsmutter erwarten, ist auf dem Holzweg; dieses verlangen, hieße an den 20 Millionen Mark teuer. Das ungetreuliche ist, daß den entlassenen Leuten auch noch seit Jahren einzubezahlten Beiträge zur Rentenkasse verloren gehen. Doch wir wollen hoffen, daß in den nächsten Prozessen der ganze Wohlfahrtszweck vor aller Welt aufgerollt wird, so daß sich die Gesetzgebung unter allen Umständen damit befassen muß. Die Kollegen mögen jetzt auf dem Posten sein und den sogenannten „Schlauvergern“ das Kruppische „Kunstreich“ illustrierten. Vielleicht kann diese „Schlauverger“ jetzt begreifen, welche Rolle dem Arbeiter geteilt ist. Kollegen, schaft Auflösung, werbt neue Kämpfer!

**Gmünd (Schwab.).** In Nr. 41 des „christlichen“ Metallarbeiter-Vereins in Ulm wird von hier aus über „eigentliche Ansichten in Kollegialität“ geschrieben. Ein Kollege von uns soll einen seiner Mitarbeiter einen furchtbaren Lumpen, scheindisziplinen freien und den Gewittern geweiht haben, angeblich deshalb, weil er zu den „christlichen“ übergetreten wäre. Hätte der Kreiselschreiber G. nicht über die Charaktereigenschaften seines Schwäbings und dessen Interess informiert, dann wäre er nicht dazu gekommen, den Sachthalt zu entstellen. Den größten Schwiedel läßt er, indem er schreibt, daß ein Kollege, der am Abend wegen der Installation des neuen Stoffers von Matlangen etwas früher Schlaf machen wollte, am St. an der Brücke gesucht und mißhandelt worden sei. Das ist eine furchtbare Säge, denn der betreffende Arbeiter hat nicht früher am Abend gesucht, sondern sich im Gegenteil den Kollegen gegenüber, und früher Heimabend machen gescheit: „Die Schülern haben jetzt aber Heimabend gemacht, daß sie den abholen können.“ St. hat so den „Gärtner“ nicht deshalb so führt und angeblich misshandelt, weil er zu den „christlichen“ übergetreten und weil er bei der Installation des neuen Stoffers früher Heimabend machen wollte, er tatsächlich nicht möchte, sondern weil dieser „Muffige“ sich einer Säge über ihn schuldig machte. Dass dies war St. auch bekannt, so wie die beiden Siegmärtler über kurz oder lang aus der Organisation hätten entdecken müssen. Die Gruppe dafür wollen wir auch nicht aufzuheben. Wenn es aber notwendig werden sollte, werden wir Material erzeugen. Solche Mitglieder können wir den christlichen ganz Sicherlich wollen mit dem Artikel aussehen edlen Seelen für den biefigen Ort Wartauer für die „christliche“ Sache machen. Das Christlichstümliche an der Sache ist, daß es Held des „Dionos“, der an der Brücke gesucht und mißhandelt zu vollende Siegmärtler seinem „Beiniger“ St. auf Schritt und Tritt kommt und daß er es veracht, wieder bei uns Mitglied zu werden. Mit solchen Leuten wollen wir aber nichts mehr zu tun haben.

**Königshütte (Oberholz)** (Wichtiges aus der Bismarckhütte des Werf.) Da der letzten Zeit wurde eine hölzerne Sude zum Betrieb über dem Oberhüttenwerk gebaut. Das warne Wasser wird in diesem, desfalls von der Leitung gesammelt. Diese Sude ist der ersten Schicht gezeigt worden, weil sie nicht in Betracht war. Die Wasserversorgung reicht nun für die Arbeiter, es werden 200000 Liter und alle Dächer benötigt. Einwohner ist im ganzen Werke nur drei Straßen zu erhalten, auch gibt es keine Trinkwasser, sondern nur eine schwache, hölzerne Sude, so dass man sich davor eingeschlossen ist weder im Wohnort noch im Industrieort vorzufinden. Das Wohnort wird aber früher Sude eingerichtet. Der Industrieort befindet sich in der Nähe der Montierung, die ohne Anwendung ist. Wenn der Stich gut geht, werden auch die Bergwerke in das Werk getrieben. Das Oberhüttenwerk wird die Montierung durch Übernahmen, bestehend Dach und die Türen befreien. Der Qualität aus den Bergwerken, die nicht von den Gemeinden (Minen), sondern mit Stahl aus gefertigt werden, verbreitet ein populäres Gemüth, bestensfähig beim Arbeitserfolg. Der Bergwerke bringen alle Tage aus mit bedeutenden Bedeutungen. Bei der Steinigkeit wird Stahl verbraucht. Ein alter Grabschneid unterhält keine Steinigkeit. Für den Schleiferei besteht der Ausboden aus einer alten Steinigkeit, welche die Steinigkeit aus der Steinigkeit der Bergwerke (Minen) beobachtet sich nicht an der Montierung. In der Bergwerke steht ebenfalls jede Montierung. Das der Bergwerke ist aus den Bergwerken der Bergwerke sowie Steinigkeit entweder ein wichtiger Quelle, das einer den anderen nicht steht. Das ist zwar nicht immer der Fall, es kommt auch heraus, das es weniger Seite der Stich kommt. In der Bergwerke, wo Steinigkeit und Schmelze gefunden wird, steht auch die Montierung, obgleich sie hier am weitesten entfernt steht: die Sude stehen beiderseits aus. In Schmelze geht, freigeben bei der Montierung, die Steinigkeit als Montierung mit Steinigkeit heraus. Ob das die Steinigkeit auch als Bergwerke bewahrt haben oder ob es der Steinigkeit der Montierung zu entnehmen ist, kann mir nicht nicht. Bei Bergwerken, die zwischen der Sude folgende Treppen benötigen, die nach aus alter Zeit stammen und ausgestorben sind. Sulf und Guss sind Sude, die nach diesen freien die führen zu einem Treppen, das sich über dem Bergwerke befindet und ganz Montierung hat. Das Treppen ist regelmäßig, drei Stocken kann jede Stelle lang, und befindet sich zwischen zwei Stufen. Das sind der Bergwerke ausgestorben. Das Bergwerke ist sicherlich sehr groß, da jeder Bergwerke jetzt fertig ist und nach Montierung sind keine Siedlungen. Folgliches brauchen die Bergwerke in 11 Stufen: Königshütte, 11. Stock. Bergwerke Bergwerke. Königshütte ist geladen auf dem Bergwerke Bergwerke ein wichtiger Bergwerke befindet, das ein glänzendes Baubauwerk erfolgt. Königshütte Bergwerke Bergwerke und das in den Unterleib. Der Bergwerke erfordert Lebensgefäßliche Betreuungen.

Unter allen diesen Umständen haben die Arbeiter schwer zu leiden. Dies abzuschaffen ist dringend erforderlich. Deshalb müssen sich die Kollegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisieren.

**Kottbus.** Am 15. Oktober hatten wir eine öffentliche Metallarbeiterversammlung einberufen, in der Kollege Bernicke auf Grund einer veranstalteten Statistik über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter referierte. Der Referent bezeichnete diese Verhältnisse als in höchstem Grade unbeständigen und traurig. Löhne im Betrag von 16, 17, 18 M. gelangen zur Auszahlung und vielsach sei ein Stundenlohn von 22 Pf. üblich, Lohnbeträge, die man in Abtracht der gesordneten Arbeitsleistung und der herrschenden Lebensmittelsteuerung als Weltelijennige bezeichnen müsse. In zwei Betrieben habe die 9½ stündige Arbeitszeit Eingang gefunden, in den anderen Werkstätten werde noch 10 Stunden gearbeitet. Bedauerlicherweise stehe auch das Überstundenwesen in schönster Blüte. Die sanitären Verhältnisse liegen durchweg sehr im armen. Von ausreichenden Waschvorrichtungen sei nirgends die Rede; die Beschaffenheit der Bedürfnisanstalten spalte jeder Beschreibung, auch sei den bescheidensten Ansforderungen in bezug auf Ventilation nicht Rechnung getragen. Unter Hinweis auf die Errungenschaften in den Nachbarstädten Forst und Cudow bezeichnete es der Referent als Pflicht eines jeden Kollegen, der Organisation beizutreten und sich der ungelernten Arbeiter kollegial anzunehmen, um nicht nur bei drohender Krise etwaige Errungenschaften zu verteidigen, sondern zu gegebener Zeit energisch und mit aller Kraft für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse eintreten zu können. Je stärker die Organisation, um so weniger sei die Arbeiterschaft benötigt, mit dem Mittel des Streiks zu operieren. — In der Diskussion wurde lebhaft Klage geführt über die in Kottbus herrschende Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft gegenüber der Organisation. Als Misere wurde die hier herrschende Schnapspest bezeichnet. Anstatt Interesse für die Arbeiterbewegung zu bekunden, die sauer verdienten Groschen nukbar in der Organisation anzulegen, das Arbeiterblatt, die „Märkische Volksstimme“, zu abonnieren, ziehe es ein großer Teil der Kottbusser Arbeiterschaft vor, Zeit und Geld in den Schnapsseelunksen zu vergeuden. — Eine Verschlechterung erblickte die Versammlung in dem Vorhaben, die Schlosser nunmehr in einer Schlosserfrankenkasse einzurichten und auszuschließen. Es mache sich berechtigte Missstimmung darüber geltend, da durch das Ausscheiden aus der bedeutend leistungsfähigeren Allgemeinen Ortsfrankenkasse den Kollegen erheblicher Nachteil erwachse, indem als Krankengeld nur die Hälfte der bisherigen Summe zur Auszahlung komme.

Leonberg (Oberpfalz). Die Arbeiter des Eisenwerkes Mayhütte hatten durch die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes eine Lohnforderung einreichen lassen, weil einzelnen Arbeitern, die in Abetacht der Teuerungsverhältnisse um eine Lohnzulage nachsuchten, gesagt wurde: Euer Verband kommt ja so mit einer Forderung, und da müssen wir dann sowieso zulegen. Wir waren daher der Meinung, daß von der Werksleitung bereitwilligst ein Entgegenkommen gezeigt würde. Wir waren daher nicht wenig erstaunt, als nach Ablauf der Frist für eine Antwort durch Anschlag die Mitteilung erfolgte, daß man schon überall aufgebessert habe und weitere Zulagen nicht erfolgen können. Der vorstellig gewordenen Kommission gegenüber fand die Werksleitung ebenfalls nur leere Worte. Erst als wir einen kurzen Bericht in der Presse brachten, hat man sich herbeigelassen, in der Gießerei die schlechtest bezahlten Arbeiter amheimbar aufzubeußen, die etwas besser bezahlten dagegen erhielten nichts. An den Alfordzälen wurde nicht das geringste ausgebessert, obwohl sie seit einigen Jahren bis auf die Hälfte reduziert wurden. Einigen im Hartlinwerk wurden pro Tag 15 und 8 Pf. zugelegt, zwei Hakenknechten an den Walzen hat man 5 und 4 Pf. pro Tag zugelegt, dafür aber wurden dem Bördernarmer 6 Pf. abgezogen. Das nennt die Werksleitung dann Aufbesserungen. Den Arbeitern an den Walzwerken werden sogar sehr beträchtliche Alfordabzüge gemacht, natürlich nicht in Form von Preisreduzierungen, sondern man macht es einfach so, daß die Sorte Eisen, die in Rubrik 1 steht und pro Tonne mit 22 Mf. bezahlt wird, in Rubrik 2 eingerechnet wird, dann gibt es nur 11 Mf. Das schändste dabei ist, daß die Arbeiter für ihre Herren Obermeister auch noch Prozente abzwicken lassen müssen. Kommt so ein Herr Obermeister bei Schichtbeginn in das Werk, so hat ihm bereits die Nachschicht 4 bis 5 Mf. Prozente erarbeitet. Hier trifft das Sprichwort: „Morgenstund' hat Gold im Mund“ in Wirklichkeit zu. Dafür werden dann die Arbeiter von einem dieser Herren mit Titulaturen, wie vierdicker Bauernschädel, Buchthauskerl, mit Drohungen wie: ich schlage dich überm Haufen u. s. w. belebt. Dies passiert nicht nur jüngeren Arbeitern. Dabei werden noch die unerhöhtesten Strafen, 10 Mf. und noch mehr ausgesprochen. Die Hofarbeiter verdienen 2,20 bis 2,40 Mf.; die Eisenräger, die in Alford arbeiten, müssen sehr oft überhaupt nicht, was sie verdienen, es kommt sehr häufig vor, daß sie, wenn sie Tausende von Zentnern Eisen getragen haben, 75 Pf. eine Mark verdient haben pro Tag. Sie werden eben nur für das Gewicht bezahlt, das vorliegt, was aus- und umgeladen werden muß, wird nicht bezahlt. Dazu kommt noch, daß diese armen Lohnslaven von ihrem Alfordverdienst auch noch ihren Ausseher bezahlen müssen. Und da wandert man sich noch, wenn die Arbeiter unzufrieden werden und das steuerliche Spiel, das mit ihnen getrieben wird, endlich auf haben. Um den Beweis zu liefern, daß wir stets gewillt sind, den Frieden zu wahren, haben wir eine Kommission eingesetzt, weil uns der Vorstand der Gelben mitgeteilt hat, Herr Saltmann habe gesagt, man sei bereit, Zulagen zu gewähren, aber es müsse eine Kommission vor den Arbeitern, die nicht im Auftrag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kommt, gebildet werden. Wir hoffen, daß die Werksleitung der neuen inoffiziellen Kommission mehr Entgegenkommen zeigt und Herr Saltmann sein Versprechen einhält. — Rechtsricht. Am Mittwoch den 23. Oktober haben

## **Verfahrbeiter.**

Kiel. (Die Situation auf der Reichsversammlung.) Tausende von Arbeitern der Kaiserlichen Werft kamen am Montag den 11. Oktober nach St. Pauli der Arbeitsstätte nach dem getäumten Kaiserlauf in Säulen. Obwohl man sich auf einen gewaltigen Andrang gefestigt gemacht und sämtliche Tische von verhextem Aufseher hatte, konnte ein Überschaden des Saales nicht verhindert werden. Wenige Minuten nach der Öffnung waren von den in eiligem Tempo an kommenden Arbeitern der Saal, die Galerien und sämtliche Nebenräume gefüllt. So, Rörs an Kopf, erwartete man den Anfang der Verhandlung. Da auf einmal eine gewaltige Bewegung: „Noch mehr zusammenrücken!“ rief es aus hunderten von Röhren, „unser Friedensrichter Kollegen kommen.“ Gern legte man sich die äußerste nach dieser Richtung hin mögliche Beschränkung auf, wollte man doch die von so weit hergezogenen Kollegen nicht unverrichteter Fahrt wieder abziehen lassen. Kurz nach 6 Uhr eröffnete der Kollege Kindt siebzig die Verhandlung. Die Tagesordnung lautete: „Wer begleitet das Reichsmarinieamt mit seinem Vorgetragen?“ Referent war der Kollege Kuhnl. Redner führte ungefähr folgendes aus: Der Herr Staatssekretär Ritter erklärte vor einiger Zeit im Reichstag, er sei nichts davon bekannt, daß die kaiserlichen Arbeiter ungünstig behandelt seien; sollte dies aber doch der Fall sein, so sei die Unzufriedenheit auf den Platz von außen hin zurückzuführen. Die Zufriedenheit bei jedem habe jedoch die Arbeit nicht zusammengebracht, auch sind es bisher die verbündeten Russen, die die dütesten militärischen Maßnahmen der Britenführung herbeigeführt haben. Seit über zehn Jahren ist ständig anfangs Oktober eine höhere Abfützung der Söhne erfolgt. Dieses Jahr ist aber die Sohnenhebung ausgesetzt. Hunderte von Arbeitern sind dadurch schwer geschädigt worden, längst schon hat manches Familienunterhalt mit dem Soldabdruck gerechnet und geglaubt, sich und den Seinen etwas mehr Sicherheitsvorzeile zuwenden zu können. Das ist die vielgepreiste Arbeiterschwäche! Während die Beamten Feuerungsanzüge erhalten, werden den Arbeitern noch bedeutende Verschlechterungen aufgezeigt. Richtig der Marinewerftleitung wäre es in gewesen, schon im September die Arbeiter von ihrem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Während man, besonders früher, den Arbeiterschwäche gern zu offiziell geprägten Tingen heranreihen hat, ist

bei dieser wichtigen Angelegenheit einfach außer Acht gesetzt worden. Wo ist da das Versprechen des Herrn Staatssekretärs? Die Vertreter der Arbeiter sollen volksliche Arbeit leisten; nur um schöne Reden zu halten bei allerlei Festschleichen, dazu gebrauchen die Arbeiter keinen Arbeiteraustausch, eine solche Rolle übernehmen gern die Mitglieder des Nationalen Arbeitervereins im Nebenamt. Auch die „wohlwollende Einigung“, die Herr v. Heselius so gern in Aussicht stellt, ist nur auf dem Papier zu finden, die Arbeiter haben sehr wenig davon geprägt. Mit schönen Worten und Tagesschleichen, die niemals durchgeführt werden, ist den Arbeitern nicht geholfen. Redner untersticht hierauf die in den letzten Jahren erlassenen „Tagesbefehle“ einer eingehenden Kritik. Auf Grund eines reichhaltigen Materials ist er in der Lage, nachzuweisen, daß die Verwaltungsschörde da, wo es sich um Verbesserungen für die Arbeiter handelt, sich leichten Herzschlägen über die Tagesbefehle hinweggesetzt hat. Eine besondere Bezeichnung schenkt Redner dem Erlass vom 30. Dezember 1905. Heute, nach circa zwei Jahren, waren noch über 70 Prozent aller Arbeiter auf die Regelungen, die ihnen durch diesen Neujahrschluss zugestanden worden sind. Mit dem Besuch über die Überstunden, wonach solche nicht mehr abgebunnielt werden dürfen, steht es ebenso aus. Nach die Rentenempfänger, Wüsten und Waisen haben sich zu beschlagen. Überall, wohin man blickt, sind Ver schlechterungen zu konstatieren. Anstatt die Lohnverhältnisse zu verbessern, ordnet man das direkte Gegenteil an. So habe man vor kurzem erst wieder die Bezahlung für die Probearbeiten herabgesetzt. Auf den Privatwerken habe man die Höhe für diese gefährbringende Arbeit ausgebessert. Als die Leute darauf hingewiesen hatten, daß sie ihnen einfach gelöst werden: „Ja, die Privatwerken gehen uns in diesem Falle nichts an.“ Somit hieß es immer: „Auf den Privatwerken ist es noch schlechter als hier.“ Eine komische Logik trete in diesen Ausführungen zutage. Im April dieses Jahres sei die allgemeine Eingabe gemacht worden, bis jetzt sei aber noch keine Antwort erfolgt. Es sei denn, man betrachte die Reichsklassierung der Löhne am 1. Oktober als Nullwert. Wenn dem so sei, dann müßten ja auch die Arbeiter die Konsequenzen daraus ziehen. Es könnte dann vielleicht in den Kaiserlichen Betrieben auch einmal so kommen, wie auf den hiesigen Privatwerken. Da seien die Herren auch immer der Meinung gewesen, bei ihnen werde die Arbeit nicht eingesetzt werden, und auf einmal müsste man, weil man ohne eine bestimmte Arbeiterkategorie nicht weiterarbeiten könne, den Betrieb einstellen. Bisher habe man immer zurückgehalten, die Zurückhaltung habe ihre Grenzen. Wenn diese überwunden werden, dann gebe es kein Zurück mehr. Nur um klar zu schenken, wie es mit der Eingabe und der ganzen Situation steht, deshalb stelle Redner im Anfang der Arbeit hiermit die offene Anfrage an die Reichskommissariatsbehörden: Wie steht es mit der Lohnklassierung jetzt im Oktober? Wie steht es mit der Eingabe, die im April den Marinebehörden übermittelt wurde? Hiermit schließen Genossen Kuhnt, Braunschweig. wurde dem Redner am Schluß seiner Ausführungen zuteil. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung der Arbeiter der Marinabetriebe von Kiel und Friedrichsort erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammelten protestieren aus dem entzündeten gegen die Nichtbeachtung ihrer Forderungen und die Reichsklassierung der Löhne am 1. Oktober. Die Versammelten stellen hiermit die öffentliche Ansage an das Reichskommissariat, wie es kommt, daß die berechtigten Wünsche der Arbeiter der Marinabetriebe keine Verübung finden.“ Die Hirsche hatten sich auch vorgenommen, zu pfeifen, hatten aber schließlich keine Kugeln. Die „Reichstreuen“ nehmen auch gern etwas, wenn es ihnen nichts kostet, und aus dem Grunde verbleiben auch diese hier still. Mit einem brausenden Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung fand die imposante Versammlung ihren Abschluß. — Nachdrücklich hat man dem Arbeiteraustausch die Mitteilung gemacht, daß die Überarbeitung eines neuen Lohntarifs im Werke sei. Der Auszug hat seine Wirkung dahin protokolliert lassen, daß der Tarif so ausfallen möge, wie es den sicheren wirtschaftlichen Verhältnissen entspräche. Die Interessen der Arbeiter wie auch der Marinaverwaltung wäre es wünschenswert, daß man endlich auf leichter Stelle zur Einigkeit käme und den berechtigten Forderungen der Arbeiter stattgeben möchte.

### Zimngleicher.

**Köln a. Rh.** In der Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung bemüht sich die Firma „Dowitz“, in einer Berichtigung den Nachweis zu erbringen, daß die von uns in der Nr. 28 gemachten Angaben über die Zustände im Betrieb des Latschen nicht entsprechen. Wir bedauern, unsere Behauptungen nicht einschränken zu können, stehen aber nicht an, zu erklären, daß seit Veröffentlichung unserer Zeilen mindestens die Behandlung eine erträglichere geworden ist. Es ist zunächst durchaus nicht zutreffend, wenn die Firma behauptet, sie zahlte Löhne aus, wie sie kaum in anderen Fabriken erzielt würden, und es könnten 5 bis 7 M. pro Tag verdient werden. Gegenwartig trifft es zu, daß der Durchschnittslohn d. s. letzten Vierteljahres gemeint ist doch wohl Juni bis September 5,12 M. beträgt. ... Wir sind nicht in der Lage, die Grundlage der Berechnung der Firma nachzuweisen. Nach unserer Berechnung, die unter Kenntnis zweier Jahrtausend jährl. auf lohnender Beschäftigung befindenden Kollegen aufgestellt ist, beträgt der Durchschnitt 4,75 M. pro Tag. Aber auch wenn diese beiden Arbeiter unterschreiten würden, kommen wir nicht zu dem gleichen Resultat wie die Firma. Gedenkt verschafft es sich mit der Behauptung, daß nur drei junge Leute die gerügte schlechten Verdienste erzielten. Demgegenüber steht mir fest, daß durch das Überspringen von einem auf zwei und drei verschiedene Altersgruppen durchschnittl. gut eingearbeitete Leute diese ungünstigen Verdienste erzielen können. Es ist nicht besonders vornehm gehandelt, wenn man, um auswärtige Zuwanderer heranzuziehen, mit den Verdiensten zweier bevorzugter Arbeiter renommiert, die durch überragende größere Kosten gleicher Artikel 6% bis 7% verdienen können. Die älteren Leute müssen ihrer Kosten ungefunden Verlust ausüben, ohne auch nur anähnlich den angezogenen Verdienst erreichen zu können. Ist es denn ratsam, wenn ein Zimngleicher in seinem Leben 18 Jahre im Durchschnitt aufwändigt auf höheren Verdienst macht? Ist es denn human gehandelt, wenn Herr Weisenburger einen jungen Kollegen, der seinen Sohn von 18 auf 40 M. erhöht haben möchte, anfordert, wie er sich nur erheben kann, so etwas zu fordern? Was die Firma ihre jungen Leute erkennt und mit Betrieb „beschäftigen“, was zu beurteilen ist, dazu wird sie keine Begründung beilegen, ihre Wörter mit Verwiderungen zu decken, wie die in Nr. 20 der Metallarbeiter-Zeitung aufgeführt sind.

## Rundschau.

### Gewerkschaftliches.

**Zeitreihenberge im Kärrnberg.** Nach jahrelangen Bemühungen ist es den Kärrnberger Gewerkschaften gelungen, eine Zentralberge zu errichten. Das alte Patriotenwerk „Zum historischen Kärrn“ wurde gepachtet und zu einem Zentralberge und zu einem gemeinsamen Verkehrslokal der Gewerkschaften umgewandelt. Der Kärrnberger Hof wurde im Jahre 1900 erbaut und zwar seitdem im Besitz meistener alter Patriotengesellschaften, bis ihn die Kärrnberger zu anderen Zwecken benutzt hat. Am 24. Oktober wurde die Verträge mit dem Betrieb übergeben. Es sind vierzehn Betriebe eingerichtet, die jetzt fast auf das Doppelte erhöht werden. Die 60 Betriebe sind in 24 Sägtäufen und Spannzäufen, die durchweg billig, tüchtig und geräumig sind, untergebracht. Die Herdergarantie und elektrisch betriebene Tiefe-Bader- und Dampfbademärkte sind jetzt im Januar in Betrieb gesommen. Es ist deshalb vorläufig ein geschäftiges Bad eingerichtet und Betriebe gestossen, daß angeregte Kinder ausserhalb der Kärrnberger gesundheit werden können. Der Preis für Übernachtung ist auf 10 Pf. festgesetzt. Bader und Dampfbademärkte der Kärrnberger sind jetzt neu errichtet. Wenn sich die Kärrnberger mit einer neu errichteten auch nicht messen kann, so wurde doch verlust, ohne Rücksicht auf die sehr erheblichen Kosten, die Anzahl aufs modernste einzurichten.

**Lobalarbeiter.** In Bielefeld tagte vom 14. bis 15. Oktober die 13. Generalversammlung des Deutschen Lobalarbeiter-Verbandes.

Anwesend waren 72 Delegierte, ferner als Gäste drei Mitglieder der Dresdener Lokalorganisation und der Vorsitzende des Verbandes der Zigarrenfabrikanten. Ein breiter Raum in den Verhandlungen nahm die Erörterung über das Wort „Draufgängerpositiv“ ein, das der Gnossé v. Elm irgendwo über die Taktik der Gauleiter geführt hat. Ebenfalls wurde viel über den Anschluß des Steigererverbandes diskutiert. Ein Antrag v. Elm auf Feststellung eines Minimallohnes und Einführung einer Schuhmarke wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Angenommen wurde ein Antrag, wonach Mitglieder, die Fabrikanten sind, den Minimallohn zahlen müssen; desgleichen ein Antrag, wonach sie verpflichtet sind, nur organisierte Arbeiter zu beschäftigen, widrigfalls sie gezwungen werden. Ferner wurde eine Resolution angenommen, die die Gründung von Konsumvereinen und den Abschluß an solche empfiehlt. In betreff der Heimarbeit wurde an den Beschlüssen früherer Generalversammlungen festgehalten, die das Verbot der Haushaltarbeit in der gesamten Tabakindustrie fordern. Bei der Statutenänderung wurde unter anderem beschlossen, für die ersten drei Krauthilfslagen ständig keine Unterstützung zu zahlen und die Beiträge in sämtlichen Klassen um 5 M. zu erhöhen (bisher für männliche Mitglieder 40 bis 85 Pf. und für weibliche 30 und 40 Pf.). An den Unterbezirkstagen sollen jährlich drei Mitglieder teilnehmen. Nach einer Erklärung des Vertreters der Dresdener Lokalorganisation wurden für diese die Übertrittsbedingungen festgelegt.

**Lithographen.** Die 31 Mitglieder des ehemaligen Senefelderbundes, die diesen schon einmal Scherereien verursacht haben, wollen, wie die Graphische Presse mitteilt, nunmehr ihre Differenzierungen gegen den neu gegründeten Verband der Lithographen und Steindrucker forschigen. Zu diesem Zwecke haben sie einen besonderen „Rechtschutzbund“ gegründet, der den Zweck hat, die angeblichen Interessen dieser Leute zu vertreten.

### Kostümubung bei der Firma E. Leitz in Weimar.

Am 15. Oktober ist in den optischen und mechanischen Werkstätten der genannten Firma die achtständige Arbeitszeit endgültig eingeführt worden. Sie wurde im vergangenen Jahre verschiedenweise eingeführt und hat sich durchaus bewährt. Trotz der kürzeren Arbeitszeit ist die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der Kollegen nicht wesentlich gesunken. Bei einer Abstimmung erklärte sich nur ein Schuh der in Altona Beschäftigten für die neunstündige Arbeitszeit, die übrigen neun Beinhalt waren für den Achtstundentag. Die Arbeitszeit dauert von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr.

### Zu den Einigungsbemühungen.

Am 20. Oktober hielt der Berliner Ortsverein der Freien Vereinigung der Männer eine Versammlung ab, die durch die Annahme folgender Resolution zu den Einigungsbemühungen Stellung nahm:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem jeweiligen Stand der Einigungsbemühungen des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei, die die Zusammenführung der Gewerkschaften bezwecken, und erklärt analog den Beschlüssen des 6. Kongresses und der 13. Konferenz für eine Einigung der deutschen Männer zu sein. Sie ist mit der vorliegenden Antwort der Geschäftsführung, die dem Vorstand und der Geschäftskommission gegeben wurde, einverstanden und erwartet von der Geschäftsführung, falls es zu Verhandlungen kommen sollte, daß sie daran teilnimmt, dabei den wahren Charakter der Organisation zur Geltung zu bringen versucht und dahin rücksicht, daß den verschiedenen örtlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Die Geschäftsführung ist jedoch nicht befugt, über die Mitglieder hinwegbindende Abmachungen mit dem Zentralverband zu treffen, sie hat vielmehr das Resultat erwarter Einigungsbemühungen den Ortsvereinen auf einer zu diesem Zweck einzuberufenden Konferenz zur Entscheidung vorzulegen. Diese Resolution hat nur dann für die gesamte Vereinigung Gültigkeit, wenn die Mehrzahl der Ortsvereine im selben Sinne beschließt. Nur in diesem Falle ist der Geschäftskommission und dem Parteivorstand mitzutun, daß die Frei-Vereinigung der Männer Deutschlands zu Verhandlungen bereit sei. Steht die Mehrzahl der Ortsvereine auf einem gegenteiligen Standpunkt, so sind die Verhandlungen zwecks Einigung der Gewerkschaften als endgültig erledigt zu erachten.“

Die von uns in der vorigen Nummer beprochnete Broschüre „Zur Frage der Einheitsorganisation im Zinnergetriebe“ von Theodor Fischer ist der „Einigkeit“ natürlich sehr unangenehm. Sie bringt in Nr. 13 längere Ausführungen dagegen, worin folgende Stellen vorstehen:

„Die Zinnergetriebeleitung sieht die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften und deren Geschäftskommission und auch die Kongressbeschlüsse, nach ihrem Verhalten zu urteilen, nur als einen Popanz an, den sie in keiner Weise notwendig hat, zu beachten. Wie lassen ausdrücklich die Geschäftsführung der Zinnerer den Betrieb, wenn auch nicht alle Mitglieder, protestieren gegen das Vorzeichen und gegen die Handlungen der Geschäftsführung. Ein Mitglied des Ausschusses forderte schon am Montag den 14. Oktober, dem Tage nach der Vorwärts-Publikation, eine längere Erklärung, um dem Betrieb, dieselbe in der Einigkeit anzudrücken, ein, die sich in schweren Niedwendungen gegen den Vorwärts und gegen dessen Redakteure wendet. Wir haben es unterlagen, diese Erklärung zu veröffentlichen, um nicht wieder, wie während vom Vorwärts beschuldigt zu werden, daß wir Stein an den Eintrittsweg wälzen, zugleich mit uns alle Ursache hätten, die schärfsten Worte über ein solches politischiges Gedanke, wie es die Geschäftsführung der Zinnerer der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften gegenüber an den Tag legt, zu gebrauchen, und zwar mit weit gräßigerem Nachdruck, wie der Vorwärts einige seiner Genossen gegenüber. ... Die Broschüre ist so geteilt, daß man, wenn sie nicht Theodor Fischer geschrieben hätte, beim Lesen annehmen muß, es hätte sie jemand geschrieben, der die Zinnererbewegung nur vom Hörenlagen und von Außen kennt, aber den Auftrag erhalten hat, eine kleine Geschichte zu schreiben, die verhängend wirkt und unter allen Umständen den Übertritt der Vereinigung in den Zentralverband verhindern muss.“

Dann folgt in der „Einigkeit“ ein Hinweis auf frühere Nummern des Blattes, die Artikel von Schäfer enthalten, deren Inhalt mit der Broschüre nicht übereinkommt. Darauf liegt die „Einigkeit“ weiter oben: „Doch diese Broschüre geschrieben werden konnte von einem Manne, der noch vor einiger Zeit sich nicht vom Gericht keine Freiheit wünschte, aufzutreten, läßt sich der Zinnerer, das Organ des Verbandes, geraubt hatte, weil er für die Vereinigung wichtig ist u. s. w., läst tief blicken. Sedoch lassen wir diese Leute mit sich selbst aussachen, wie sie lieber Gejagte zu schreiben, der Vorwärts schlägt sich schließlich auch hier die Mittel.“

### Von der „Steigerorganisation“.

Wir haben diese Organisation, die sich im Januar dieses Jahres en Auftrieb vier gebildet hat, nie ernst genommen. Das war darum recht hatten, geht aus dem Verhalten ihres Vorstandes in letzter Zeit hervor. Obwohl dieser Verband seine „staatshaltende“ Bewegung dadurch zu beweisen suchte, daß seine Verhandlungen mit Hochs auf den Kärrn eröffnet wurden, bei er es nicht bilden können, daß einige seiner Mitglieder von den Reichenbäcker gemargt werden. Darauf wurde in einigen Steigern, an welchen verhandelt, den Vorstand von einer Audienz beim Handelsminister Dolbray nachdringlich zu lassen, um diesem die Wünsche der Steiger übermitteln zu können. In dieser Audienz, die am 21. Oktober stattfand, trug der Vorstand des Verbandes, der redete Steiger-Vorwärts, dem Minister die Wünsche der Steiger vor, die jetzt Teil von den Wünschen der Bergarbeiter übernommen. Auch sollte er an den Minister das neue Antragen, die Aufführung der genau regelten Steiger auf Staatsarbeiten zu veranlassen. Nach dem in der Verhandlung der Bergarbeiter erschienenen Zeitung erwiderte der Minister, daß bereits seit längerer Zeit die Abh. 13. bestanden, der Min. der Bergarbeiter, daß der Steigerorganisation die Sicherheit der Grubenbeamten einzutreten. In ernsteste Weise wies der Minister darauf hin, daß die gegenwärtige gewonnene Situation zu einem erheblichen Teile durch die große Art herverursacht worden sei, welche der Steigerstand bei seinem Vor gehen eingefangen habe. Er könne den Steigern nur bringend ans Herz legen, der schwierigen Lage der Bergarbeiter Rechnung zu tragen und alles zu vermehren, was zur Verschärfung der Gegen sätze beitragen könnte... Beschwerden in Einzelfällen seien, soweit sie die Sicherheit der Gruben belästern, von den Beteiligten bei den Reichenbäcker anzuzeigen, die allgemein angewiesen seien, alle nach dieser Richtung zu ihrem Kenntnis gelangenden Klagen über Mißstände zu untersuchen und das zu ihrer Abstellung erforderliche zu veranlassen. Die Einstellung der von einzelnen Gruben entlassenen Steiger auf Staatsarbeiten könnte er nicht in Aussicht stellen. — Eine solche Stellungnahme des Ministers war vorauszusehen. Für das Verhalten des Vorstandes vom Steigerverband ließ sich bis dahin immer noch eine Erklärung finden. Man konnte es damit rechtfertigen, daß man den zähleichen, unangekündigten Elementen unter den Steigern noch Konfrontation machen müsse und insbesondere nicht die Mittel anwenden könnte, deren sich die klassenbewußte Arbeiterschaft bedient. Nachdem aber die Würdigkeit beim Minister bewiesen hat, daß der Steigerverband in falschen Fahrwasser segelt, wenn er ernsthaft die Interessen seiner Mitglieder vertreten will, steht der Vorstand des Verbandes diesen völlig falschen Taktik fort, indem er am folgenden Tage an dem sogenannten deutschen Arbeiterkongreß teilnahm, dessen Hauptaufgabe trotz aller gegenständigen Behauptungen doch einzige und allein die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist. Was er da nach dem Bericht in der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 916 vom 23. Oktober) gesagt hat, ist zum Teil auch recht tödlich. Da führt er unter anderem aus, der Steiger sei der Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern und der Bergbehörde. Wir glauben, daß die Bergarbeiter sich für Vermittler von solcher Art bedanken werden.

Werkbesitzern und den Grubenbeamten einzutreten. In ernstester Weise wies der Minister darauf hin, daß die gegenwärtige gewonnene Situation zu einem erheblichen Teile durch die große Art herverursacht worden sei, welche der Steigerstand bei seinem Vor gehen eingefangen habe. Er könne den Steigern nur bringend ans Herz legen, der schwierigen Lage der Bergarbeiter Rechnung zu tragen und alles zu vermehren, was zur Verschärfung der Gegen sätze beitragen könnte... Beschwerden in Einzelfällen seien, soweit sie die Sicherheit der Gruben belästern, von den Beteiligten bei den Reichenbäcker anzuzeigen, die allgemein angewiesen seien, alle nach dieser Richtung zu ihrem Kenntnis gelangenden Klagen über Mißstände zu untersuchen und das zu ihrer Abstellung erforderliche zu veranlassen. Die Einstellung der von einzelnen Gruben entlassenen Steiger auf Staatsarbeiten könnte er nicht in Aussicht stellen. — Eine solche Stellungnahme des Ministers war vorauszusehen. Für das Verhalten des Vorstandes vom Steigerverband ließ sich bis dahin immer noch eine Erklärung finden. Man konnte es damit rechtfertigen, daß man den zähleichen, unangekündigten Elementen unter den Steigern noch Konfrontation machen müsse und insbesondere nicht die Mittel anwenden könnte, deren sich die klassenbewußte Arbeiterschaft bedient. Nachdem aber die Würdigkeit beim Minister bewiesen hat, daß der Steigerverband in falschen Fahrwasser segelt, wenn er ernsthaft die Interessen seiner Mitglieder vertreten will, steht der Vorstand des Verbandes diesen völlig falschen Taktik fort, indem er am folgenden Tage an dem sogenannten deutschen Arbeiterkongreß teilnahm, dessen Hauptaufgabe trotz aller gegenständigen Behauptungen doch einzige und allein die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften ist. Was er da nach dem Bericht in der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 916 vom 23. Oktober) gesagt hat, ist zum Teil auch recht tödlich. Da führt er unter anderem aus, der Steiger sei der Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern und der Bergbehörde. Wir glauben, daß die Bergarbeiter sich für Vermittler von solcher Art bedanken werden.

### Blick auf die Gelben.

In Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 320) haben wir bereits berichtet, daß unser Kollege Bernick von dem Potsdamer Landgericht von der Anklage freigesprochen worden ist, Herrn Generalsekretär E. Buek beleidigt zu haben. Der Vorwärts (Nr. 249 vom 24. Oktober) zitiert folgendes aus der Begründung des Urteils:

„In Brandenburg a. H. füllten von den dortigen Fabrikanten der Metallindustrie aus den Arbeitern ihrer Fabriken sogenannte Fabrikvereine oder „gelbe Gewerkschaften“ das Leben gerufen werden, um auf diese Weise möglichst viele Arbeiter den sogenannten Gewerkschaften zu entziehen. Es war deshalb auch die Mitgliedschaft in den Fabrikvereinen durch den Ausländer durch den sozialdemokratischen Organisationen, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, bedingt. Diese Fabrikvereine sicherten unter dem besonderen Schutz der Fabrikanten. Befordert ist der Zentralverband Deutscher Industrieller bemüht, diese Fabrikvereine zu fördern.“

Selbstverständlich führt sich der Deutsche Metallarbeiter-Verband durch ein solches Vorgehen bedroht. Der Angeklagte ging als Gesandter des Verbandes nach Brandenburg, um für den Verband gegen die Fabrikvereine einzutreten. Als führendes Mitglied des Verbandes war der Angeklagte nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, den Verband und die Mitglieder vor Schädigungen zu bewahren, sie über drohende Gefahren aufzuklären. Wenn der Angeklagte also in der Gründung von Fabrikvereinen eine Gefahr für den Verband und dessen Mitglieder erblickte, konnte und mußte er darauf hinweisen.

Wenn er nun sagen sollte, wenn — von seinem Standpunkt aus — das Gesetzliche dieser Meyergründung für die Arbeiter zu finden sei, lag für ihn nichts näher, als auf die Abhängigkeit dieser Fabrikvereine vor den Fabrikanten, vom Zentralverband der Industriellen, zu kommen. Die Arbeitnehmer, insoweit sie den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, stehen den Arbeitgebern, momentan indirekt ja auch im Zentralverband Deutscher Industrieller gegenüber, unverhältnislos gegenüber. Von Standpunkt des Angeklagten aus war es natürlich, vor dem Einschreiten in diese Fabrikvereine mit dem Hinweis auf die eingebildete Arbeiterschaft in diesen Arbeitgeberkreis zu warnen, die den Mitgliedern dieser Fabrikvereine in Aussicht gestellten Wohlstand und Vorteile als Dauerergeschenke zu kennzeichnen. Der Zentralverband ist dem Angeklagten der Einigkeit aus beiderseits kapitalistischer Organisationen durchaus nicht näher, als auf die Abhängigkeit dieser Fabrikvereine vor den Fabrikanten, vom Zentralverband der Industriellen zu kommen. Die Arbeitnehmer, insoweit sie den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, stehen den Arbeitgebern, momentan indirekt ja auch im Zentralverband Deutscher Industrieller gegenüber, unverhältnislos gegenüber. Von Standpunkt des Angeklagten aus war es natürlich, vor dem Einschreiten in diese Fabrikvereine mit dem Hinweis auf die eingebildete Arbeiterschaft in diesen Arbeitgeberkreis zu warnen, die den Mitgliedern dieser Fabrikvereine in Aussicht gestellten Wohlstand und Vorteile als Dauerergeschenke zu kennzeichnen. Der Zentralverband ist dem Angeklagten der Einigkeit aus beiderseits kapitalistischer Organisationen durchaus nicht näher, als auf die Abhängigkeit dieser Fabrikvereine vor den Fabrikanten, vom Zentralverband der Industriellen zu kommen. Die Arbeitnehmer, insoweit sie den sozialdemokratischen Gewerkschaften angehören, stehen den Arbeitgebern, momentan indirekt ja auch im Zentralverband Deutscher Industrieller gegenüber, unverhältnislos gegenüber. Von Standpunkt des Angeklagten aus war es natürlich, vor dem Einschreiten in diese Fabrikvereine mit dem Hinweis auf die eingebildete Arbeiterschaft in diesen Arbeitgeberkreis zu warnen, die den Mitgliedern dieser Fabrikvereine in Aussicht gestellten Wohl

lesen, welche Fähigkeit ihnen bis jetzt selbst "Fleggium" noch nicht abspüren wagte. Über es ist leider so. Selbstverständlich können nur Kassen verschmelzen werden. Aber wie schwach das Erinnerungsvermögen der Hirsche in diesem Falle ist, beweist doch, daß sie im Regulator schreiben: "... so meint Fleggium jedenfalls die im Regulator verschiedentlich erörterte Frage einer Verschmelzung beider Kassen ... Na also. Genug, zurzeit wird nicht 'versucht', denn: der Versuch ist läufig gescheitert, was der Regulator in die schönen Worte kleidet: "... daß volle Klarheit darüber besteht, von einer solchen Verschmelzung Abstand zu nehmen". Über den Versuch wurde gemacht, und zwar mit allen Mitteln und unter Aufwendung eines beträchtlichen Quantums von Druckerschwärze! Denn es wäre doch zu schön gewesen, die 680818,32 Mk. der Gebrüderklasse mit der Gewerkevereinsklasse zu verschmelzen. Dies hätte doch eine so "gute Legierung" gegeben, daß man die "erfolgreiche Agitation" schon nach einiger Zeit hätte weiter wie bisher fortsetzen können. Und wäre dies Manöver der Verschmelzung voriges Jahr gelungen, so wäre eben stati 1612,04 Mk. die nette Summe von 68240,36 Mk. übriggeblieben und man hätte nicht zu schreiben brauchen: "Angefegte Gelder: Keine." Gegenüber hätte man dann wieder die hübschen Zahlenskulpturen über das "Fortschreiten des Gewerbevereins" zum besten geben können. Ja, wenn man auch noch so sehr hofft, es sind nicht mehr als 1612,04 Mk. die im Jahre 1906 übrigblieben, und wenn "Fleggium" noch so sehr "an den Toten saugt", er kann nicht mehr herauszugehen. Wenn einer Einnahme im Zeitraum vom 1. Januar 1906 bis 31. Dezember 1906 von 80629,36 Mk. eine Ausgabe von 806717,32 Mk. gegenübersteht, so bleiben nur 1612,04 Mk. Über "Fleggium" erklärt sich trotzdem für besiegt. Es gibt selbst zu, daß er unrecht hat. Es ist nämlich wahr, daß nicht 1612,04 Mk. übrig geblieben sind, es ist — etwas weniger. Denn das Vermögen des Gewerbevereins betrug am 1. Januar 1906: 566495 Mk. und am 31. Dezember 1906 484942,76 Mk., insulsive der 1612,04 Mk. Es war also um 81582 Mk. und 24 Pf. zurückgegangen. Dabei hat "Fleggium" noch nicht einmal die in Nr. 8 des Regulators angegebenen Zahlen berücksichtigt. Hätte er nämlich dies getan, so würde sich der Vermögensbestand der Gewerkevereinsklasse am 31. Dezember 1906 auf nur 406748,79 Mk. stellen und statt um 81582,42 Mk. hätte es sich im Jahre 1906 um 159746,21 Mk. vermindert. Gewiß, aus dem Regulator hat "Fleggium" diese Zahlen nicht. Über im Reichsarbeitsblatt (Jahrgang 1906 Nr. 7, Seite 649 und 650 und Jahrgang 1907, Nr. 7, Seite 666 und 667) kann man diese Zahlen finden. Oder geben die "lieben Freunde" "Fleggium" dem Blatte falsche Zahlen an? Also nicht so viel Druckerschwärze verschwenden über Dinge, die nicht behauptet wurden, denn es bleibt trotz der vom vorigen Bestand entnommenen Gelder bei den 1612,04 Mk., denn der jüngere Kassenbestand, sowie die Gelder der Gebrüderklasse und der Gewerkevereinsklasse haben mit den "Überschüssen" der Gewerkevereinsklasse gar nichts zu tun. Leid tut es mir mir, daß der schlechte Berater Jahn dem Regulator ganz hat vergessen lassen, meinem so gut gemeinten Sanierungsverschlag zuhinzutreten. Andererseits freut es mich ja, den Hirschen "Rohlfleisch" gebracht zu haben, die es ihnen ermöglicht, mit einer nichts sagenden Redensart an Kritiken vorbeizugehen, die ihnen nicht gefallen und die, wie es scheint, ins Schwarze getroffen haben — trotz des zuerst genannten "Für-jers".

Fleggium

## Vom Husland.

### England.

**Metallarbeiterkonferenz.** Am Abend des 3. September versammelten sich die auf dem Gewerkschaftskongress zu Bath anwesenden Delegierten der Metallarbeiterorganisationen zu einer besonderen Konferenz. Diese wurde von dem Kollegen John Hodges (Stahlhämmerer, war auch auf dem Internationalen Sozialkongress in Stuttgart vertreten) mit einer Rede eröffnet, worin er zunächst auf die Erfolge hinwies, die die Bewegung gegen die Organisationszerstörung unter den Metallarbeitern gehabt hatte. Der Redner wies auf die befürchtet so direkten Zwänge des Lebens gerufene Metallarbeiter-Föderation hin und betonte, daß diese jedoch allein notwendig sei, um die Gesetzgebung zugunsten der Metallarbeiter wohl zu machen. Der Redner betonte anschließend, daß durch die Föderation gegen die Allgemeine Föderation der Gewerkschaften und gegen die Federation der Gewerkschaften im Schiff- und Kreuzherrenbau ausgeübt werden sollte. Die Metallarbeiter-Föderation habe eben den Zweck, sich mit den Anfängen zu beschäftigen, die von den genannten anderen Organisationen nicht erfüllt werden können. Die beiden anderen Föderationen bestehen aus größeren Teilen aus großen und kleinen Verbänden. Für die übrigen Metallarbeiterorganisationen sei die Unabhängigkeit des Zusammenschlusses um so größer, als es in der Metallindustrie noch so viele kleine und schwache Verbände gibt. Wie hilft nun diese in den Händen der großen und wichtigen Unternehmungsbildungen. Es ist schon als ein großer Vorteil anzusehen, daß nunmehr die Organisationen von rund 300000 britischen Metallarbeitern vereinigt seien, um in dieser Weise ihre Interessen zu vertreten. Der Redner wies darum hin, daß diese Maße schon einen großen Erfolg auf das Parlament ausüben könne. Auch gäbe dies Besonderskeiten der Gewerkschaften den weniger gut ausgebildeten Gewerken Gelegenheit, die Einschätzungen der am besten organisierten Verbände kennen zu lernen und nachzuholen.

Der Redner der Metallarbeiter-Föderation, Kollege Charles Hobson, berichtete jedoch über die hauptsächliche Tätigkeit der Föderation während des letzten Jahres und berührte noch besonders über das Ausmaß der Zulage des Regimes der Föderation, des Metalworker. Diese Zulage, die jetzt Anfang des Jahres monatlich in Höhe von 24 Schillingen erhoben wird, betrifft nicht nur jeden einzelnen, sondern hat bereits einen kleinen Überschuss hervorgebracht. Wenn es gelinge, die Anzahl auf 10000 Exemplare zu bringen, so ist möglich, der Preis auf 6 Schilling 6 Pfennig pro 100 Exemplare herabzulegen. Dieser Preis ist mit 6 Schilling 4 Pfennig zu bezeichnen, da die Kosten auf die bisherige Seite weiterbedingt werden sollen, ab es sich mit allgemeinen Arbeitsergebnissen befreien sollte. Es ist anzunehmen, bestätigt gründlich, daß diese Zulage als Gewerkschaftszulage anzusehen ist. Es sollte diese nicht einzeln als Zeitschrift verkauft werden. Das könnte ihm aus dem Grunde nicht gelingen, weil die Vertriebsmöglichkeit und Wissensgeltung der Verbände oder deren, die von Metallarbeitern ausmachen, viel zu groß ist. Auch nicht wird das Material zur Vergrößerung, um jedes Exemplar in einer Reihe zu behandeln, die Preis auf der Seite der Zeit steht. Das kann nur folge sein Erfolg tun, die aber Gewerken verleiht, die genügen, um die Arbeitsergebnisse der Gewerkschaften und die mit den besten Gewerkschaften zu vereinen. So wird es sich gelegentlich machen, daß es nach den Ergebnissen des Schriftsatzes vom damaligen Zeitpunkt werden. Was jedoch möglicherweise keinen Erfolg für die Gewerkschaften eingespielt werden. Das wichtigste Gebot für die Entwicklung allgemeiner Forderungen zu verwenden; man soll sich auf solche beziehen, die mit der Metallindustrie in Beziehung stehen. Bei der großen Zahl, die die Gewerkschaften in England sind, kann die Gewerkschaften nicht auf die Gewerkschaften einzugehen, wenn sie nicht in einer weitaus erweiterten Zeitschrift möglich ist. Die Gewerkschaften der Zeitung soll jedoch die von den einzelnen Gewerkschaften zu gewährte Sicherheit zu erhalten und die Föderation nicht aufzubauen.

Kollege W. J. Davis (Fremington, Westinghouse) trat auf, daß auf dem Geschäftskongress 22910 Metallarbeiter vertraten seien. Der Redner betonte die Stellung der größten Gruppe unter den Metallarbeitern. Wäre es nicht vorhanden, so waren der Metallarbeiter eine gewisse Stütze in der Bewegung für das Gut und den Frieden. Die wichtigsten Zeitschriften erfreuen jenseitige gute Wirkung bei den Gewerkschaften zu erhalten und haben die Zeitschriften

Zuletzt wurde folgende, vom Kollegen Miller mit eingeführte Resolution angenommen:

"Die Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften geben ihren Verbänden anheim, eine noch größere Anzahl von Exemplaren des Metallarbeiter zu beziehen, um, wenn möglich, zu erreichen, daß eine den Verhältnissen angemessene Anzahl abgesetzt wird. Der Sekretär wird beauftragt, ein Zirkular zu verfassen, das der Meinung der Konferenz Ausdruck gibt, wonach es wünschenswert ist, daß die Auflage der Zeitschrift innerhalb der Föderation auf 10000 Exemplare steigt. Ferner soll am 16. November vormittags 10 Uhr in Sheffield eine Konferenz eröffnet werden, die als die Jahreskonferenz der Föderation zu betrachten ist."

Nach den üblichen Dankesreden wurde die Konferenz geschlossen. Wie man sieht, macht auch unter den britischen Metallarbeitern der Einigungsgedanke langsame, aber sichere Fortschritte.

### Amerika.

Streiks in den Vereinigten Staaten von 1881 bis 1905. Wenn es sich um sozialpolitische Statistiken handelt, ist von den berühmten amerikanischen Fizigkeiten recht wenig zu spüren. Vor kurzer Zeit erst wurden die Zusammenstellungen der Streiks im Jahre 1905 publiziert. Was diese Veröffentlichung interessant macht, ist die Zusammenfassung des Materials des letzten Vierteljahrhunderts, die hier in gedrängter Form, ungeachtet ihrer Mängel, wiedergegeben sei.

Die Totalzahl der Streiks in den Vereinigten Staaten von 1881 bis 1905 war 36757 und die der Aussperrungen 1546, zusammen 38305 Ereignisse. Die ersten betrafen 181407 Fabrikarbeiter, die anderen 19995. An den Streiks beteiligten sich 6728048 Personen; die Lockouts betrafen 716291. Dies sind total 7444279 beteiligte und ausgeworfene Arbeiter. Infolge der Streiks wurden 1975776 und durch die Lockouts 61379, zusammen 204155 unbeteiligte Personen zur Arbeitsruhe gezwungen. Von den 1975776 Streikenden waren über 90 Prozent Männer und 9,43 Prozent Frauen; von den 61379 Aussperrten 84,18 Prozent Männer und 15,82 Prozent Frauen.

Die durchschnittliche Dauer der Streiks pro Etablissement war 25,4 Tage, der Lockout 84,6. Der Streik oder die Aussperrung zieht natürlich nicht in jedem Falle die Schließung der Fabrik nach sich. Innumera waren durch Streiks 111343 Fabriken oder 61,38 Prozent durchschnittlich 20,1 Tage geschlossen und bei den Lockouts 12 658 Betriebe oder 68,25 Prozent 40,4 Tage im Durchschnitt.

Am meisten in Mißlungen gezeugt wurde die Bauindustrie. Nur sie enthielten 26,02 Prozent aller Streiks und 38,53 Prozent der Etablissements. Für die Kohlenindustrie lauten die Prozentsätze 9,08 und 9,39. Aber die Kohlenindustrie weist die stärksten Zahlen an Streikenden und zur Arbeitsruhe gezwungenen (unbeteiligten) Arbeitern auf. Den zweiten Rang gemäß den Beteiligungszahlen haben die Baugewerbe, dann die Bekleidungsindustrie. In vierter Linie steht die Eisen- und Stahlbranche. Auf die Bauindustrie entfielen 16,19 Prozent sämtlicher Lockouts und 30 Prozent sämtlicher ausgeworfenen Arbeitern.

Der Einfluß der Arbeiterorganisationen auf Lohnbewegungen wird durch die Tatsache illustriert, daß in den 25 Jahren 65,99 Prozent der Streiks von den Organisationen geführt wurden, die sich aus 90,43 Prozent aller betroffenen Fabriken erstreckten. Sie hatten 79,59 Prozent der Streikenden und 77,45 Prozent der Aussperrten zu unterstellen.

Die meisten Streiks waren erfolgreich. In 47,94 Prozent der Fabriken wurden jährlinge Forderungen durchgesetzt, in 15,28 Prozent teilweise und für 36,78 Prozent mußten Niederlagen ertragen werden. Andererseits brachten die Aussperrungen den Unternehmen mehr Siege als Niederlagen. In 57,20 Prozent der Etablissements konnten die aussperrenden Fabrikanten vollständige Siege buchen; teilweise für 10,71 Prozent und Niederlagen für 32,09 Prozent.

Die von den Gewerkschaften geführten Streiks waren viel erfolgreicher als die wilden. Sie kamen ihre gestellten Forderungen für 49,45 Prozent der von Streiks betroffenen Etablissements vollständig und für 15,57 Prozent teilweise durch. Für 34,65 Prozent verfehlten sie Niederlagen. Die wilden Streiks endeten nur für 33,86 Prozent der Betriebe mit gewinn, für 9,83 Prozent mit Niederlage und für 56,31 Prozent mit vollständigem Verlust. Während der 25 Jahre wurden 49,72 Prozent der Streiks wegen Lohnzurückhaltung geführt, sei es als einzige Forderung oder mit anderen, schwächer verknüpft. Die reine Lohnforderung bildete für 52,21 Prozent das Objekt. Die Verfehlung der Organisation und deren Erfahrungen in Verbindung mit anderen Dingen erzielte 23,35 Prozent aller Streiks. Für 18,31 Prozent bildete sie das einzige Kampfspiel. Gegen Lohnabschüttungen waren 11,90 Prozent, gegen Verkürzung der Arbeitszeit 9,73 Prozent jährlicher Kämpfe gerichtet. Auf die Spannungszeit entfielen 3,74 Prozent.

Von der Totalzahl der von Streiks betroffenen Betriebe wurde in mehr als der Hälfte (57,91 Prozent) ganz oder teilweise für Lohn erhöhung gekämpft.

Die Auswirkung der Organisations- und deren Erfahrungen bilde bei der weitaus größten Zahl die Ursache der Aussperrungen. Diese allein (aber mit anderen Forderungen verknüpft) verursachte in mehr als der Hälfte der Betriebe jede die Lockout.

Der Prozentsatz der Streiks für jede der Gewerkschaften hat von Jahr zu Jahr erheblich gesunken. Aber abgesehen von 1881 und 1904 übertrug die Zahl der Streiks wegen Lohnzurückhaltung alle die jahrläufigen Veränderungen weitestgehend nicht und mehr. 1884 wurde eine hohe Zahl (6,15 Prozent) der Streiks einzig und allein (oder auch mit anderen Dingen verknüpft) gegen Lohnabschüttungen geführt. 1894 wiederum die Ausnahme für die Aufrüstung der Organisation 38,92 Prozent aus.

Ja dem letzten Satzen hat die Zahl der gegen Aufrüstung der Gewerkschaften verantwortliche eine erhebliche Veränderung erfahren. Außerdem sind die Zahlen zugunsten der Aufrüstung der Gewerkschaften und zuletzt der Gewerkschaften verändert. Während diese von 1881 bis 1885 fast weniger als 9 Prozent aller Streiks ausmachten und in einem Jahr von 1896 20 Prozent erreichten, sind sie von 1901 bis 1905 auf über 50 Prozent gestiegen. Die Spannungszeit entsprach entweder der entsprechenden Jahr (z. B. 1881, zwischen 1889 und 1891 oder später) oder eben der in diesem Jahr (z. B. 1894, zwischen 1894 und 1895) entstandenen Spannung. Zudem aber haben sie in diesem Jahr, entgegen 1894, mehr als 3 Prozent aller Streiks betragen.

Die Aussperrungen hatten recht Erfolg, als die in anderen Betrieben. Nur für 31,56 Prozent aller Betriebe und je erfolgreich verliefen. Ganz weniger glücklich waren die gegen Spannung der Gewerkschaften getätigten Kampfe. Sie wurden in 57,00 Prozent der in jenen betroffenen Betrieben verloren. Streiks für Verkürzung der Arbeitszeit wurden in 42,88 Prozent und die Spannungszeit in 76,53 Prozent der betroffenen Etablissements verloren.

Ziemlich der letzten Jahre haben, wie der Statistiker sagt, die Gewerkschaften, Streiks und Gewerkschaften durch eine direkt, mindestens teilweise zu jährligen oder zu täglichen, beispielweise Erfolge zu verhindern. Von 1881 bis 1905 werden 5,75 Prozent aller Streiks und 12,20 Prozent aller Aussperrungen durch Gewerkschaften verhindert. 20,3 Prozent der Gewerkschaften bezüglich der Gewerkschaften und über 50 Prozent der Gewerkschaften befinden darf verhindert. Die Gewerkschaften sind in diesen Jahren mehr in Spannung, die Hälfte der Streiks und zwei Drittel der Aussperrungen durch das Gewerkschaften verhindert und in der Streiks und Gewerkschaften 14 Prozent der Streiks. Von den Streiks der Gewerkschaften begegneten Streiks zwischen 15 Prozent auf die Streiks und Gewerkschaften und über 25 Prozent auf das Spannung. Diese Zahlen lassen zwar den Spannungskampf bisher bei der Beilegung von Streiks nicht in seiner ganzen Größe erkennen. Aber Mindestens und Arbeitnehmer bedienen sich in gewissem Maße beider Mittel, um Spannungen vor dem Spannungskampf zu verhindern.

### Literarisches.

Das Beste, das Schätzbarste, das Wertvollste vor dem Szenario und vor den Gerichten. Zum Beispiel: 32 Seiten Preis 50 Pf. Zu befreien von dem Verfasser, Peter und Schriftsteller, Schauspieler, Schriftsteller für Schauspieler und Schauspieler. Berlin SW. 61. Straße 10.

# Verbands-Anzeigen

## Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 2. November:

Dortmund-Linn. Otto Jung, 1/9.

Eisenerzwerke. Kronprinz, halb 9 Uhr.

Gießen. E. Alzette, Eisbahn, halb 9 Uhr.

Gütersloh. Jos. Franz, 9 Uhr.

Hannover. Sonne, halb 9 Uhr.

Hilden. Friedensallee, halb 9 Uhr.

Halle. Schwab. Germania, 8 Uhr.

Heldenheim. Gesellschaftsgarten, 8 Uhr.

Hannover. Hofbräuhaus, 8 Uhr.

Hannover. Schloss, 8 Uhr.

Hannover. Rathaus, 8 Uhr.

Hannover. Stadttheater, 8 Uhr.